

DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG
DER PRÄSIDENT  DRESDNER GESPRÄCHSKREISE
IM STÄNDEHAUS



Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus
»Politik und Medien – bürgernah und ehrlich!?!«
am 26. Mai 2015



DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG
DER PRÄSIDENT  DRESDNER GESPRÄCHSKREISE
IM STÄNDEHAUS

Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus
»Politik und Medien – bürgernah und ehrlich!?!«
am 26. Mai 2015



Vortrag von Roland Tichy

Inhalt

Eröffnungsansprache

durch Dr. Matthias Rößler, Präsident
des Sächsischen Landtags 6

Vortrag

von Roland Tichy, Wirtschaftsjournalist
und Vorstandsvorsitzender
der Ludwig-Erhard-Stiftung 10

Vorstellung der Teilnehmer auf dem Podium

22

Podiumsdiskussion mit anschließender Diskussion

aus dem Plenum

24

Impressum:

Herausgeber: Sächsischer Landtag,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
V.i.S.d.P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag
Redaktion: Falk Hentschel, Sächsischer Landtag
Fotos: O. Killig
Gestaltung, Satz: www.oe-grafik.de

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig. Ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.



Eröffnungsansprache durch Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags

Meine sehr geehrten Damen
und Herren,

ich begrüße Sie alle ganz herzlich zur
Veranstaltung zum Thema »Politik und
Medien – bürgernah und ehrlich« im
Rahmen der »Dresdner Gesprächskreise
im Ständehaus.«

Ich freue mich, dass viele aktive und
ehemalige Abgeordnete unseres Land-
tags, Mitglieder des Verfassungsge-
richtshofes und des konsularischen
Korps unter den Gästen sind. Mein Gruß
gilt den Vertretern der Bundeswehr, der
sächsischen Wirtschaft und der Gewerk-
schaft, der Kirchen und der Medien.

Besonders herzlich heiße ich Herrn
Roland Tichy sowie die Teilnehmer unse-
rer Podiumsdiskussion willkommen:

- die Intendantin des Mitteldeutschen
Rundfunks, Frau Professorin
Dr. Karola Wille,
- den Chefredakteur der »Freien Presse«
Torsten Kleditzsch,

- den Geschäftsführer des Dresdner
Druck- und Verlagshauses
Carsten Dietmann sowie
- die Fraktionsvorsitzenden im
Sächsischen Landtag Frank Kupfer
und Rico Gebhardt.

Nicht einmal zehn Prozent der Deut-
schen glauben, dass ihnen Politiker und
Journalisten die Wahrheit sagen.

Trotzdem – und ich hoffe, Sie glauben
mir das – freue ich mich, Sie heute hier
im Ständehaus zum Dresdener Ge-
sprächskreis begrüßen zu können. Das
Thema »Politik und Medien – bürgernah
und ehrlich!« mit gleich zwei konkurrie-
renden Satzzeichen am Ende legt nahe,
dass es heute um Kritik und Selbstkritik
gehen könnte.

Schon mein erster Satz klang wieder vor-
sichtig formuliert und irgendwie beschö-
nigend. Der könnte glattweg von Angela
Merkel stammen, werden einige sagen.
Denn eigentlich ist alles viel schlimmer,
zumindest etwas dramatischer.

Wie der Dresdner Kommunika-
tionswissenschaftler Wolfgang Donsbach im
»Focus« feststellte, glauben nur drei
Prozent der Bevölkerung, dass ihnen
Politiker die Wahrheit sagen. Auch von
den Journalisten glauben das deutlich
weniger als zehn Prozent.

»Was ist Wahrheit?«, hat Pontius Pilatus
unseren Herrn Jesus Christus gefragt.
Ich möchte die Realität von Politik und
Medien wenigstens mit einigen Fakten
beschreiben.

Die Wahlbeteiligung zur letzten
sächsischen Landtagswahl sank unter
50 Prozent. In Thüringen und Branden-
burg sah es nicht viel besser oder
sogar schlechter aus.

Seit der Wahl in Bremen verging nun
sogar elitären Leitartiklern großer über-
regionaler Tageszeitungen das überheb-
liche Naserümpfen über die angeblich
so autoritär geprägten und vordemokra-
tisch trägen Osis.



Wahlenthaltung und wachsende Gleich-
gültigkeit gegenüber der Politik und den
öffentlichen Angelegenheiten der Bür-
gergesellschaft sind eine gesamtdeut-
sche Erscheinung.

Die drei großen sächsischen Tageszei-
tungen verlieren jedes Jahr um die drei
Prozent ihrer Abonnenten, Boulevard-
Zeitungen wie »BILD« und »Morgen-
post« sogar sieben Prozent. Vom Anzei-
genmarkt will ich gar nicht reden.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk,
obwohl solide von jedem Haushalt in
diesem Land beitragsfinanziert, kämpft

um Einschaltquoten und versucht,
nicht nur ein alterndes und schrumpfen-
des Stammpublikum zu halten, sondern
auch die Jungen zu gewinnen.

Mich schmerzt diese Entwicklung sehr,
da ich, wie viele von Ihnen, Gleichschal-
tung und Zentralismus, das Fehlen von
medialer Meinungsvielfalt und Pluralität
selber erlebt habe.

Ich halte Zeitungen für ein unverzicht-
bares Kulturgut und Medienpluralität
für eine wichtige Grundlage unserer
offenen, freiheitlich-demokratischen
Gesellschaft.

»Fragen eines lesenden Arbeiters«
hieß ein Gedicht von Bertolt Brecht,
das viele der im Osten Sozialisierten
aus ihrer Schulzeit noch im Hinterkopf
haben. Dem Arbeiter ging es damals
um die Erbauer des siebentorigen
Thebens und andere Werkstätige, wie
sich die meisten noch erinnern werden.

Lassen Sie mich deshalb angesichts
des offensichtlichen Politik- und
Medienverdresses einige Fragen eines
zeitungslesenden und (MDR-Figaro-)
hörenden Politikers stellen.

Fühlt sich eine große Mehrheit von über 90 Prozent in Deutschland wirklich von Politikern und Meinungsmachern belogen?

Manche rufen das auf Dresdens Straßen, viele in diesem Land denken das in ihren Köpfen.

Existieren nicht vielmehr in unserer komplexen und immer mehr zersplitterten Gesellschaft viele Interessengruppen mit ihren eigenen Wahrheiten? Findet nicht heute fast jeder eine Bestätigung für seine Wahrheit und dazu Gemeinschaft im Internet?

Vermitteln Medien wirklich objektiv und neutral die gesamte Vielfalt der Information?

Meinen manche Journalisten, den mündigen Lesern oder Zuschauern nicht



die ganze Wahrheit zumuten zu können oder gar nur die sehr politische und parteiische eigene? Vermengen nicht viele Information und Kommentar?

Führt missionarischer Eifer von Vertretern politischer und medialer Eliten – deren Lebenswelt oftmals eine ganz andere ist als die einer Mehrheit der Bevölkerung – nicht häufig dazu, dass viele sich verdrossen abwenden?

Sollte man dem mündigen Bürger, Leser, Hörer und Zuschauer nicht mehr Urteilskraft zutrauen und vor allem die Fähigkeit, sich eine eigene Meinung zu bilden?

Davon lebt doch eigentlich unser offene und pluralistische Gesellschaft.

Politiker und Journalisten sitzen als Akteure der politischen Entscheidungsfindung und Willensbildung in einem Boot und heute Abend gemeinsam auf dem Podium. Die öffentliche Meinung ist – bildlich gesprochen – die wildbewegte See, die uns trägt oder untergehen lässt.

Einer, der das aus seiner journalistischen Praxis heraus ganz genau weiß und in einem langen und spannungsvollen Berufsleben immer wieder erfahren hat, ist heute mitten unter uns.



Es war mir eine Freude und eine Ehre zugleich, Roland Tichy, der als Wirtschaftsjournalist und Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung sowohl im journalistischen als auch im politischen Raum zu Hause ist, als Vortragsredner gewinnen zu können.

Er arbeitete im Bundeskanzleramt, war im Zuge der deutschen Einheit maßgeblich an der Erneuerung des Rundfunksystems der DDR und der Reform der deutschen Rundfunklandschaft beteiligt und zuletzt Chefredakteur der »Wirtschaftswoche«.

Er ist dank seiner spitzen Feder alles andere als ein von seiner Botschaft besessener Missionar, sondern vielmehr ein Aufklärer und Analyst, der schon einmal Öl ins Feuer gießen kann, anstatt uns Sand in die Augen zu streuen.

Viele seiner Einsichten sind – nicht zuletzt auch über Bücher und neuerdings über das Internet – weithin bekannt geworden und werden deutschlandweit diskutiert.

Dabei ist er ein streitbarer Mann, von dem man Antworten erwarten kann, die Menschen bewegen, wie sie heute

hier versammelt sind und die sich gerne inspirieren lassen.

Ganz besonders freue ich mich darüber, dass unter der Moderation von Alexandra Gerlach Spitzenvertreter der Medien und sächsische Spitzenpolitiker gemeinsam diskutieren und auch den parlamentarischen Aspekt der Beziehungen zwischen der Politik und den Medien in die Podiumsdiskussion einbringen werden.

Damit danke ich Ihnen, bitte Roland Tichy um das Wort und freue mich auf eine lebhafte Diskussion.

»Politik und Medien – bürgernah und ehrlich!?!«
Vortrag von Roland Tichy,
Wirtschaftsjournalist und Vorstandsvorsitzender
der Ludwig-Erhard-Stiftung



Herr Präsident, vielen Dank für Ihre freundlichen Worte. Sie haben mich um ein Impulsreferat gebeten. Das heißt: Ich darf frech sein. Ich werde das ausnutzen und versuchen, ein bisschen zu provozieren. Mit Pontius Pilatus und Jesus Christus kann ich nicht mithalten, denn mit der Wahrheit

ist das so eine Sache. Aber ich will es wenigstens mit einer Humoreske über Erich Honecker und Helmut Kohl versuchen: Die beiden Staatsmänner haben beschlossen, den Kalten Krieg nicht heiß werden zu lassen, sondern den Wettkampf der Systeme durch einen Wettlauf zu entscheiden.

Helmut Kohl gewinnt, und die Bild-Zeitung schreibt: Helmut Kohl ist Erster. Das Neue Deutschland schreibt: Hervorragender internationaler zweiter Platz für Erich Honecker, Helmut Kohl ist Vortzter.

Was ist Wahrheit?

Gelogen ist es nicht, aber es ist eben auch nicht die ganze Wahrheit. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum wir die Meinungsfreiheit erfunden haben. Wenn die Wahrheit unauffindbar ist, dann brauchen wir nicht bloß einen Prozess, innerhalb dessen wir diskutieren. Wir brauchen einen Marktplatz der Ideen, wie John Stuart Mill es formuliert hat. Wir wissen, dass Meinungsfreiheit konstitutiv ist für eine freiheitliche Demokratie: Jeder muss die Freiheit haben, seine Meinung zu äußern und sich Informationen besorgen zu können, wo er will. Meinungsfreiheit ist ein negatives Freiheitsrecht: Der Staat muss sich einer Bewertung der richtigen Meinung enthalten; er muss sogar auf einen

eigenen Wahrheitsanspruch verzichten. Nur der totalitäre Staat versucht, Bürger im Sinne der richtigen Ideologie zu prägen. Es mag ja Geschwätz sein oder dumm – schädlich, wie man heute sagt – oder nicht hilfreich, aber es gehört sich nicht, dass der Staat das bewertet. Der Staat muss polemische, abwegige, abstruse, geschmacklose Ansichten sogar verteidigen. Die Grenzen finden sich nur im Persönlichkeitsrecht.

Aber wie ist in Deutschland die Atmosphäre wirklich? Ich möchte ein paar Zahlen aus einer zwei Jahre alten Untersuchung des Instituts für Demoskopie in Allensbach vortragen: Rund 30 Prozent der Bevölkerung meinten, man solle besser vorsichtig sein bei dem, was man sagt; immerhin neun Prozent meinten, man solle seine Meinung nur mit Einschränkungen kundtun; 41 Prozent sagten, es sei besser, sich zu bestimmten Dingen nicht zu äußern. Für eine Demokratie ist das ein verheerendes Ergebnis. Und die Zahlen der geringen Wahlbeteiligungen sind auch ein Reflex des Zusammenspiels zwischen Politik und Medien. Politik und Medien gehören zusammen: Die Medien organisieren den öffentlichen Raum, in dem dann letztlich die Politik um die Mehrheit kämpft.

Urteilsspruch ohne Kenntnis von Sachverhalten

Gestern habe ich bei Google-News zum Fall Tröglitz recherchiert. Es gibt rund 100.000 Einträge, die sich mit dem Attentat auf das Flüchtlingsheim beschäftigen und Fremdenfeindlichkeit



zum Thema machen. Das sind 30 Einträge je Bewohner, die es in dieser Stadt gibt. Ich habe lediglich vier Einträge gefunden, die sich damit befassen, dass die Soko »Kanister« bisher keinen rechtsradikalen Hintergrund entdecken konnte, sondern möglicherweise von dem ausgeht, was man in meiner

leichtlebigen oberbayerischen Heimat »das warme Abtragen von Gehöften« nennt, nämlich einen Versicherungsbetrug. Das ist ein sensationeller Befund. Wir haben ein Urteil gesprochen, ohne die Sachverhalte zu kennen. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig spricht davon,

dass es ein Fanal sei und dass wir nicht nachlassen sollen im Kampf gegen die Rechtsradikalen, und Volker Kauder sieht darin einen Anschlag auf den Rechtsstaat. – Vielleicht ist es ein fieser, mieser, krimineller Versicherungsbetrug – aber eben auch nicht mehr.



Der Medienwissenschaftler Neil Postman hat schon 1985 anlässlich der Eröffnung der Frankfurter Buchmesse gesagt, wir amüsierten uns zu Tode. Aber der Begriff des Amusements hat längst die Unterhaltungsshow verlassen und die politische Berichterstattung okkupiert.

Ausländerfeindlichkeit in Deutschland?

Ich will ein kleines Beispiel anführen. BBC World meldete seinerzeit: In Den Haag wurde der niederländische Politiker Geert Wilders vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen. Die Tagesschau meldete: In Den Haag wurde der islamfeindliche und rechtspopulistische Politiker Geert Wilders vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen. Ist diese Information Wahrheit in ihrem Sinne oder schon Manipulation? Ich glaube, dass es hier schon einen ersten Befund gibt. Ich habe den Eindruck, dass große Teile der Medien in Deutschland eigentlich ein zu tiefes Misstrauen ihren Lesern, ihren Zuschauern, ihren Zuhörern, ihrer Bevölkerung gegenüber haben und das auch zum Ausdruck bringen. Nach den Geschehnissen in Sebnitz schrieb eine Zeitung: Es war kein rassistischer Anschlag, aber es hätte einer sein können. Also und gewissermaßen auf die Spitze getrieben: Wenn die Fakten ums Verrecken nicht passen, wir machen sie schon passend.



Der Publizist Sascha Lobo hat nach Tröglitz den Begriff »Latenznazi« erfunden, das ist der unbewusste Rechts-extreme. Sie wissen also noch gar nicht, dass sie rechtsextrem sind, aber latent sind sie es schon. Und als Beweis hat er in »Der Spiegel« drei Punkte angeführt. Einer der Punkte war die Ausländer-maut. Ich komme gerade aus Österreich und habe mich auch geärgert, dass ich da Maut zahlen muss. Aber als ausländischer Feind habe ich die Einführung der Autobahnmaut nicht wahrgenommen. Es ist ein Erziehungsmuster, das auch vom mangelnden Respekt gegenüber den eigenen Lesern zeugt. Die Leser

müssen umerzogen werden, weil sie falsch gepolt sind. Dadurch entstehen ganz bestimmte Muster in der Berichterstattung, sodass wir häufig von Ausländerfeindlichkeit sprechen. Renate Köcher vom Allensbacher Institut für Demoskopie hat dieser Tage in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung jedenfalls keine generelle Ablehnung von Asylbewerbern feststellen können. Sie hat sogar betont, dass sich – im Gegenteil – seit den Jahren der ersten großen Asylbewerberzahlen Mitte der 1990er Jahre die Bevölkerung ausgesprochen positiv zu Asylbewerbern bekennt. Und

66 Prozent der Leute sagen, sie hätten gern mehr Kontakt zu Asylbewerbern. Also eine ausgesprochene Ausländerfeindlichkeit auf breiter Front sieht anders aus. Ich komme aus einer Stadt – ich lebe in Frankfurt –, in der zwei Drittel der Grundschulkinder Migranten sind. Und das hat durchaus positive Auswirkungen. Die kroatische und portugiesische katholische Kirchengemeinde ist die aktivste. Sie füllt jeden Sonntag zweimal den St.-Bartholomäus-Dom, den Dom der Kaisergründung, während die einheimischen Katholiken nur noch aus dem bestehen, was man als leises Häuflein von Betschwestern verstehen kann.

Das erinnert mich ein bisschen an den Fall Sebnitz im Jahr 2000, bei dem der Tod eines Kindes zu einem rassistisch motivierten Mord stilisiert wurde. Der Vorfall konnte letztendlich nicht ganz aufgeklärt werden. Vermutlich war es ein Herzklappenfehler. Jedenfalls hat der Journalist Rainer Jogschies von handwerklichen Fehlern und vom Kampagnencharakter der Berichterstattung gesprochen. Und dieser Stadt Sebnitz geht es, glaube ich, immer noch nicht wirklich gut in der Seele. Wir reden also nicht mehr von Fakten, sondern von Unterstellungen. Jogschies hat das Wort »Emotainment« geprägt: Wir berichten

nicht mehr, sondern wir versuchen, auf der emotionalen Ebene zu unterhalten mit Sachverhalten, die eigentlich keine Unterhaltungssendung wert sind, sondern die eine Veranstaltung höchster politischer Qualität sind. Thomas Löffelholz, ehemals Chefredakteur der Welt und der Stuttgarter Nachrichten, hat mir kürzlich gesagt, er wolle mit der Branche nichts mehr zu tun haben, weil es nicht mehr um Nachrichten gehe, sondern um Interpretationen. Und diese Interpretationen sind gesteuert aus politischen, emotionalisierenden und manipulativen Absichten.

Political Correctness führt zur Sprachzensur

Trotzdem sollten wir darüber nachdenken und darüber diskutieren, wie wir mit Flüchtlingen umgehen. Welche Sprache und welche Bilder verwenden wir in dieser Thematik? Ich selbst bin in dem Fall völlig unverdächtig. Ich



habe in den 1990ern ein Buch geschrieben mit dem Titel »Ausländer rein! Warum es kein Ausländerproblem gibt«. Aber ich habe das Gefühl, dass wir über dieses Feld nicht mehr offen diskutieren, sondern dass die Meinung desjenigen,

der ein problematisches Thema anspricht, a priori abgewertet wird. In den letzten 20 Jahren ist eine Art Sprachzensur entstanden, die die Überschrift trägt: Political Correctness. Es ist eine gesteuerte Tendenz zur Sprachzensur, die sich massiv verstärkt und einschüchternd wirkt. Man hört auf, frei zu reden.

Ich habe dazu einen aktuellen Fall gefunden, der ein anderes Feld aufgreift, das ebenso schwierig zu verhandeln ist wie der Umgang mit Asylbewerbern oder Ausländern: Es geht um die Homo-Ehe. Sie wissen, dass am Wochenende

in Irland die völlige Gleichstellung von homosexuellen Ehen mit – und jetzt sage ich schon ein gefährliches Wort – normalen Ehen beschlossen wurde. Sie merken schon, ich komme sprachlich ins Schlingern. Und heute schreiben die Kollegen der FAZ, dass die alten Autoritäten, die Kirche in Irland, diesen Kampf verloren haben, weil die Hüter der Tradition auch ihre Sprache verloren haben. Kaum war das Ergebnis des Referendums bekannt, lief die Kampagnenmaschine derer an, die selbst den Begriff der Homo-Ehe für diskriminierend halten. Das heißt jetzt »Ehe für alle«. Die Verfechter der klassischen Ehe hingegen haben es offenbar akzeptiert, sich in eine Nische zurückziehen zu müssen, in der nur hinter vorgehaltener Hand über die erstaunlich weit verbreitete Tradition geredet wird, dass Mann und Frau dazugehören, um ein Kind zu zeugen. Geht es nach dem sogenannten Gender-Mainstreaming, also nach der offiziellen Richtschnur von Universitäten, Ministerien und wohl bald von Schulen, ist auch das – die Berufung auf die Natur – schon ein Zeichen latenter Homophobie. Der Andersdenkende wird für krank erklärt.

Errungenschaften der Zivilgesellschaft werden von innen zerstört

Homophobie, Islamophobie, Rassismus und Frauenfeindlichkeit sind Knüppel in der politischen Auseinandersetzung.

Wie weit das geht, zeigt ein Fall, der sich letzte Woche zugetragen hat. Der Vater zweier Töchter hat sich Rat suchend an die »Kummerkastentante« einer Zeitung gewandt mit der Frage, ob es richtig sei, wenn er seine sieben- und achtjährigen Töchter als Blumenkinder bei der homosexuellen Eheschließung seines Bruders zur Verfügung stelle. Das ist ja eine Frage, die man so oder so beantworten kann. Aber offensichtlich ist das für den Mann und seine konservative Weltanschauung ein Problem. Die Dame hat ihm sehr höflich davon abgeraten, er solle lieber vorher mit seinen Kindern darüber sprechen und sie entsprechend informieren. Die Dame ist gefeuert worden. Volker Beck, der Politiker der Grünen, hat sogar der Frau, die die Kampagne gegen die »Kummerkastentante« organisiert hat, zu ihrem Erfolg gratuliert. Ich habe mir die Kampagne angeschaut: Sie war so voller Schimpfwörter, dass ich trotz meiner Impulse, die ich zu geben habe, lieber darauf verzichte, sie zu benennen. Sie stammen alle aus dem Wörterbuch des Unmenschen, der übrigens geschlechtsneutral ist.

Islamophobie wurde von den Revolutionären und von Ayatollah Chomeini im Iran geprägt. Die Konferenz islamischer Staaten – übrigens eine Gruppe, in der sich auch ziemlich reaktionäre, undemokratische und unanständige Länder befinden – will, dass Islamfeindlichkeit antisemitischer und rassistischer Hetze

gleichgestellt wird. Das ganze Geschehen ist nicht unbedingt widerspruchsfrei. Die Unterdrückung der Frau, Belästigung von Frauen und übrigens wirklich ausgeprägte Homophobie sind gängige Muster in islamischen Communitys, wenn auch nicht in allen. Es ist bedenklich, wenn das Kopftuch als politisches Statement zugelassen wird und wir



gleichzeitig die Kreuze abhängen. Die Errungenschaften der Zivilgesellschaft werden von innen zerstört.

Für uns Journalisten lautet die Frage: Warum machen wir da eigentlich mit?

Denn eines ist klar: Wir leben in einem der freiesten Länder der Welt. Ich habe noch nie erlebt, dass mich die Regierung ernsthaft hat einschüchtern wollen. Und ich habe wirklich schon viel erlebt, auch, dass es viele Rechtsprozesse gibt, von denen man manche auch verliert. Das gehört eben dazu: Meinungskampf beinhaltet nicht nur das Wort Meinung, son-

dern auch Kampf. Evelyn Roll, eine Kollegin der Süddeutschen Zeitung, spricht von einer freiwilligen Gleichschaltung. Selbst Bundesaußenminister Steinmeier spricht von einem Konformitätsbruch in den Köpfen, der die Berichterstattung

gerade nicht so macht, wie sie gefordert ist, nämlich vielfältig und kontrovers, sondern vergleichsweise einstimmig. Irgendwie scheint also doch Honecker gesiegt zu haben.

Journalisten als Rudeltiere

Das zieht sich durch viele Bereiche. Kürzlich war der Jahrestag der Katastrophe von Fukushima. Ich habe im ARD-Nachtmagazin gehört, dass der Atom-Gau in Fukushima über 18.000 Menschen das Leben gekostet hätte und dass seither nach der Energie-wende der Strom reichlich und billig fließe. Gleich zwei gravierende Fehler in einem Satz. Aber woher kommt das? Ich möchte als Erklärung hierzu ein paar Thesen vortragen:

- Journalisten pflegen heute oft eine Art Hinrichtungsjournalismus. Dabei wird nicht versucht, den Menschen Ausdruck zu verleihen, sondern vielmehr, sie bewusst misszuverstehen, Aussagen zu verkürzen und aus dem Zusammenhang zu reißen, um die Menschen negativ vorzuführen. Das schafft Schlagzeilen. Und die Gegenreaktion ist, dass sich Menschen, die befragt werden – so sie nicht einfache Bürger sind, sondern Politiker oder Unternehmer –, hinter Schutz-wällen von Anwälten und PR-Agenturen verbergen, was die Sache für Journalisten nicht leichter macht.

- Erfolg versprechend ist auch immer eine Skandalisierung. Hier kommen wir zu den Fällen Sebnitz und Tröglitz. Meinung überdeckt Fakten, denn Fakten stören nur. Ich glaube, dass Journalisten Gefahr laufen, sich zum Handlanger der Mächtigen zu machen. Einerseits muss man als Journalist den Mächtigen nahe sein, sonst erfährt man nichts; dann steht man nur draußen vor der Tür. Andererseits sollte man eine gewisse Distanz halten. Nähe setzt aber ein Mindestmaß an Zustimmung voraus. Deswegen teilen Journalisten den Spin, die Drehung, die Politiker den Ereignissen häufig geben.

- Ich habe eine negative Entwicklung beobachtet, seit die Regierung von Bonn nach Berlin umgezogen ist. Das politische Bonn war verglichen mit Berlin ziemlich groß: Es hat sich über 35 km erstreckt. Das politische Berlin hat dagegen einen Durchmesser von nur zwei Kilometern: vom Restaurant Borchardt bis zum Café Einstein. Da trifft man sich ständig und rund um die Uhr. Und natürlich führt eine so kleine Community dazu, dass man beginnt, die Ansichten zu teilen. Und da die Journalisten wiederum ihre Kollegen, ihre Alphiatiere sehen, versuchen sie natürlich, den Leitwölfen der politischen Meinung nachzulaufen. Dann entstehen solche Dinge, wie sie der frühere Bundespräsident Christian Wulff erfahren hat. Man mag ihn mögen oder nicht, aber eines

war er nicht, nämlich korrupt. Aber dafür musste er zurücktreten.

- Journalisten haben diese gemeinsame Sichtweise, weil sie häufig bestimmte Werte teilen und versuchen, diese zu transportieren. Das Teilen bestimmter Werte kommt daher, dass man meistens aus demselben Milieu stammt, und es kommt auch daher, dass sich seltsamerweise deutsche Journalisten sehr stark als Meinungslenker verstehen. Frau Köcher hat kurz nach dem Mauerfall eine Untersuchung durchgeführt, in der sie ostdeutsche Journalisten mit westdeutschen verglichen hat und dann wiederum mit englischen und amerikanischen. Es stellte sich heraus, dass die Kollegen in Großbritannien und Amerika sehr viel faktenorientierter vorgehen. Für sie stehen die News im Vordergrund, für deutsche Journalisten – in Ost und West, trotz unterschiedlicher Systeme – der Spin, die Meinung, das Verändern einer Position.

- Journalisten wollen in der Gruppe geachtet werden, sie fürchten, allein zu sein. Wenn es gefährlich wird, ist ein Schwarm besser. Fischschwärme bilden sich, weil dadurch die Wahrscheinlichkeit für den Einzelnen geringer wird, vom herunterstürzenden Reiher erwischt zu werden. Schwarm bedeutet also, dass man die Gefahr reduziert, abseits zu stehen oder gar Kritik einstecken zu müssen. Dieser Gruppendruck führt zum



Wolfsrudel, übrigens ein Begriff des früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, der aus dem eher gemütlichen Mainz kommend in Berlin vorgeführt wurde. Aus der Sorge, etwas zu verpassen, jagen die Medien heute mehr als je zuvor in einem Rudel. In diesem Modus sind sie wie ein wildes Tier, das Menschen und ihre Reputation einfach in Stücke reißt.

Der Pressekodex behindert die korrekte Information

Wir haben im Pressekodex eine Formulierung gefunden, die uns verbieten soll, bestimmte als rassistisch zu interpretierende ethnische Merkmale bei der Täterbeschreibung zu verwenden. Das war vielleicht in einer bestimmten Zeit vernünftig. Aber heute führt es

dazu, dass wir Sachverhalte nicht mehr benennen können. Das ist das eine, aber das andere ist, dass die Menschen das spüren und über Journalisten lachen. Und Lächerlichkeit ist das tödlichste Momentum, das man kennt.

Ich möchte Ihnen von zwei Fällen berichten. Erstens: In Westdeutschland



gab es eine rätselhafte Schlägerei vor einer Polizeistation, bei der ein Polizist schwer verletzt wurde. Es war eine seltsame Berichterstattung, man konnte sie nicht so richtig interpretieren. Der Sachverhalt war, dass eine arabische Großfamilie eines ihrer Mitglieder befreien wollte. Aber der Verzicht auf die Benennung dieses Zusammenhangs hat die Geschichte unerzählbar gemacht. Zweitens: Kürzlich habe ich in der Tagesschau eine auch für mich rätselhafte Nachricht gesehen. Da wurde ein »Ehepaar« von einem Sonder Einsatzkommando hochgenommen. Das Ehepaar war beim Bombenbasteln

erwischt worden. Und immer war von einem »Ehepaar« die Rede. Irgendwie hat mich diese Nachricht mehr verwirrt, als dass sie mich aufgeklärt hätte – bis ich festgestellt habe, dass die Dame des Hauses eine Burka trug.

Wenn sich Menschen abwenden, dann verlieren wir das, was wir brauchen, nämlich das gemeinsame Gespräch, die gemeinsame Debatte, die gemeinsame Diskussion, auch den gemeinsamen Streit, die Auseinandersetzung. Ich beanspruche nicht, die Wahrheit zu postulieren. Ich möchte vielmehr mit Ihnen diskutieren in der Hoffnung, dass

ich am Ende klüger bin. Und vielleicht gefällt es auch Ihnen, die eine oder andere Meinung oder Sichtweise von mir in Ihre Gedanken einfließen zu lassen. Wir leben aber auch in einer Zeit der neuen Medien, und das Wesen dieser neuen Medien ist vielfach noch nicht verstanden worden.

Im Zeitalter der neuen Medien

Ein Merkmal der neuen Medien ist: Ab sofort wird zurückgeschrieben. Früher war Journalismus eine Art autoritäre Angelegenheit: Ich predige, und Sie hören zu; Sie können mir allenfalls einen Leserbrief schreiben, aber der stört mich nicht und landet im Papierkorb, wenn er mir nicht behagt. Aber heute sind Leser dazu nicht mehr bereit. Früher war bei einem Leserbrief im Zweifelsfall wieder gerade keine Briefmarke mehr im Haus; heute schreibt es sich dagegen schnell. Das führt natürlich auch dazu, dass beleidigend und obszön geschrieben wird, das will ich alles nicht verherrlichen. Aber die autoritäre Art des Journalismus, der »Kathederjournalismus«, der ist zu Ende.

Das bedeutet wiederum, dass sich im Internet eigene Gruppen bilden, es bildet sich eine Gegenöffentlichkeit. Wir haben aber mittlerweile über 300 Jahre gebraucht, in denen wir das entwickelt haben, was wir öffentliche Meinung nennen. Wir haben ein Instrumentarium entwickelt, um mit dieser



veröffentlichten Meinung als Teil des politischen Diskurses umgehen zu können. Das heißt, es entwickeln sich einzelne Stämme, die wir gar nicht mehr verfolgen können. Die Gesellschaft droht, in unterschiedliche Gruppierungen zu zerfallen, die untereinander, aber nicht mehr miteinander reden. Werte, Gespräche und Diskussionen entfallen. Es ist kein Vorgang, den wir im Neudeutsch mit Inklusion umschreiben könnten.

Ich habe das Gefühl, dass die Grenzen dessen, worüber gesprochen werden darf, enger gezogen werden, dass die

Freiheit des Wortes verfällt. Ich habe kürzlich als Beweis dafür, dass jemand eine bestimmte Gesinnung hat, gelesen, dass er in einer bestimmten Zeitung ein Interview gegeben habe. Nun bin ich als Journalist der Überzeugung, dass es keine Sünde sein kann, wenn ich sage: Kommen Sie in meine Kirche, ich gehe auch gern in Ihre und mache Sie katholisch. Die Sünde ist vielmehr, jemanden schon dafür, dass er irgendwo spricht, zu verurteilen. Und es steht im strengen Widerspruch zu Artikel 5 GG, der auch die Freiheit der Informationsbeschaffung garantiert. Nicht nur die Meinungsäußerung steht mir frei, sondern auch, mich

zu informieren, wo ich will. Ich habe manchmal das Gefühl, manche Medien und Zeitungen haben beschlossen, sich neue Leser zu wählen. Denn die, die sie haben, sind ihnen zu dumm.



Vorstellung der Teilnehmer auf dem Podium



Carsten Dietmann

Carsten Dietmann wurde am 29. November 1962 in Duisburg geboren und ist verheiratet. Nach Abitur und Grundwehrdienst studierte er von 1983 bis 1988 an den Universitäten in Duisburg, Bayreuth, Köln und Leeds Betriebswirtschaftslehre.

Nach seiner Tätigkeit im Controlling bei Elida Gibbs, baute er ab 1990 als Leiter das Controlling der Morgenpost Sachsen auf, 1993 wurde er Verlagsleiter der Morgenpost Sachsen. Ab 1995 war er als Verlagsleiter der Regionalverlage der Sächsischen Zeitung und ab 1996 zusätzlich der Anzeigenverlage der Sächsischen Zeitung tätig. Dabei baute er das Unternehmer-Modell der Regionalverlage auf. 1998 wurde er Verlagsleiter der Mediengruppe Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG.

Seit 2005 ist er als Geschäftsführer für die Mediengruppe Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG tätig.

Frank Kupfer

Frank Kupfer wurde am 10. Juli 1962 in Torgau geboren. Nach seinem Abitur 1980 erlernte er den Beruf des Fernmeldetechnikers und übte diesen bis 1985 aus. Es folgte der Grundwehrdienst bei der NVA. 1982 wurde er Mitglied der CDU, 1986 stellvertretender Kreisgeschäftsführer der CDU in Oschatz, 1990 dann Kreisgeschäftsführer. Später umfasste dies die Räume Döbeln-Grimma-Oschatz bzw. Döbeln-Torgau-Oschatz. Seit 1994 ist Frank Kupfer Mitglied des Sächsischen Landtags.

1999 bis 2001 hatte er das Amt des Generalsekretärs der CDU Sachsen inne. Von Mai 2002 bis Juni 2008 war er stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, ehe er das Amt als Sächsischer Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft antrat. Dieses übte er bis 2014 aus. Am 2. September 2014 wählte ihn die CDU-Fraktion des 6. Sächsischen Landtags zu ihrem Vorsitzenden.

Frank Kupfer ist evangelisch, verheiratet und hat zwei Kinder.

Roland Tichy

Roland Tichy wurde am 11. November 1955 in Bad Reichenhall geboren. Er ist Absolvent der Deutschen Journalistenschule und studierte in München und New Orleans Volkswirtschaftslehre, Politik- und Kommunikationswissenschaft. Nach Tätigkeiten als wissenschaftlicher Assistent am Volkswirtschaftlichen Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München und Mitarbeiter im Planungsstab des Bundeskanzleramtes wechselte Roland Tichy 1985 als Bonner Korrespondent zur WirtschaftsWoche. Nach der Wiedervereinigung war er als Stellvertreter des Rundfunkbeauftragten der Neuen Länder für die Neugestaltung der elektronischen Medienlandschaft in den neuen Bundesländern mitverantwortlich.

Ab 1991 arbeitete er für verschiedene namhafte deutsche Wirtschaftsmagazine. Für das Handelsblatt leitete Tichy das Berliner Büro. Von Juli 2007 bis Juli 2014 war er Chefredakteur der WirtschaftsWoche. Jetzt ist er als freier Wirtschaftsjournalist tätig.

Im Juni 2014 wurde Roland Tichy zum Vorsitzenden der Ludwig-Erhard-Stiftung gewählt.

Alexandra Gerlach

Alexandra Gerlach wurde 1963 in Kassel geboren. Nach dem Abitur 1982 nahm sie ein Studium der Politischen Wissenschaften, des Öffentlichen Rechts und der Kunstgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn auf. Nach dem Wechsel an die Münchener Ludwig-Maximilians-Universität im Jahr 1984 kam das Fach Amerikanische Kulturgeschichte hinzu.

Alexandra Gerlach volontierte ab Mitte 1989 beim Bayerischen Rundfunk (BR). 1991 arbeitete sie als Jungredakteurin für Innenpolitik im Hörfunk, dann 1992 bis 1995 als Parlamentskorrespondentin für den BR in Bonn. Danach wechselte sie zum MDR Fernsehen, war Moderatorin und Redakteurin im Studio bei der Hauptnachrichten-Sendung MDR aktuell. Daneben moderierte sie diverse anderer Formate. Von 1996 bis 2002 arbeitete sie als Moderation von Themenabenden bei Arte. Zuletzt war sie von 2002 bis 2010 als Landeskorrespondentin für Deutschlandradio Kultur und Deutschlandfunk in Sachsen tätig. Seit 2011 ist sie freie Journalistin und Moderatorin.

Prof. Dr. Karola Wille

Karola Wille wurde am 22. März 1959 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) geboren. Ab 1978 studierte sie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Rechtswissenschaften. Dort promovierte sie 1986 zum Dr. jur. Am Institut für Internationale Studien der Universität Leipzig war Karola Wille von 1986 bis 1991 als wissenschaftliche Assistentin tätig. An der Juristenfakultät erlangte sie 1991 die Lehrbefähigung in Medienrecht.

Im November 1991 trat Karola Wille die Stelle der 1. Referentin in der Juristischen Direktion des MDR an, wo sie 1993 Stellvertreterin des Juristischen Direktors des MDR wurde. Ab dem 1. November 1996 war Wille als Juristische Direktorin des Mitteldeutschen Rundfunks tätig. Am 23. Oktober 2011 wurde sie für sechs Jahre zur Intendantin des Mitteldeutschen Rundfunks gewählt. Sie vertritt die ARD im Verwaltungsrat und die öffentlich-rechtlichen Anstalten der ARD und das ZDF im Präsidium der Filmförderungsanstalt FFA.

Die Universität Leipzig verlieh der promovierten Juristin 2002 die Honorarprofessur für Medienrecht.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt wurde am 27. Mai 1963 in Schlema/Erzgebirge geboren. Nach dem Abschluss der POS absolvierte er eine Lehre zum Koch. Er leistete seinen Wehrdienst bei der NVA und war dann als hauptamtlicher stellvertretender FDJ-Sekretär im Handel tätig, später als Bereichsleiter im Lebensmittelhandel, als Verkaufsstellenleiter im Einzelhandel und als Filialleiter im Fischgroßhandel. Zudem war er Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Täve Schur und Barbara Höll.

Bis 1990 war Gebhardt Mitglied der SED, danach der PDS und der LINKEN. Zwischen 1999 und 2009 war er Landesgeschäftsführer der PDS/LINKEN, seit 2009 ist er deren Landesvorsitzender. 2004 zog er in den Sächsischen Landtag ein. Seit August 2012 ist er Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

Rico Gebhardt ist konfessionslos, verheiratet und hat vier Kinder, darunter einen erwachsenen Sohn. Er lebt in Dresden.

Torsten Kleditzsch

Torsten Kleditzsch ist 48 Jahre alt und seit 2010 Chefredakteur der in Chemnitz erscheinenden »Freien Presse«. Hier hat er auch seine journalistische Laufbahn begonnen. Nach dem Studium (Journalistik und Internationale Beziehungen) startete er 1992 als Politik-Redakteur. Ende der 1990er Jahre ging der gebürtige Sachse für 10 Jahre nach Halle zur Mitteldeutschen Zeitung. Zuletzt war er dort als stellvertretender Chefredakteur tätig.

Auf Einladung des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert gehört Torsten Kleditzsch derzeit zur Jury für den Medienpreis Politik des Deutschen Bundestags. Seiner ehemaligen Universität in Leipzig ist er durch gelegentliche Lehraufträge verbunden geblieben.



Alexandra Gerlach, Moderation:

Herr Tichy, vielen Dank. Das ist eine ganze Menge Stoff für unsere Runde. Ich möchte gleich ankündigen, dass wir zunächst einmal 40 Minuten in einer begrenzten Runde diskutieren wollen. Dann möchten wir gern mit Ihnen gemeinsam ins Gespräch kommen, sodass Sie sich schon einmal in aller Ruhe überlegen können, was Sie nachher an Fragen gern an die Podiumsteilnehmer richten möchten.

Ich finde Ihre Analyse ganz schön hart. Wenn man jahrelang als aktueller Journalist gearbeitet hat, dann fragt man sich natürlich bei so einem Vortrag: Oje, warst Du etwa auch so charakterlos gestrickt? Ich bin aber der Meinung, es war doch nicht ganz so schlimm. Wir werden das gleich noch einmal genauer erfragen, wo denn wirklich die Ethik des Journalisten vielleicht doch zu hinterfragen ist oder auch vorhanden ist. Wengleich – auch das werden wir in der Runde behandeln – wir dieses

Abwenden von den Medien und auch von der Politik in Dresden in den letzten Monaten jeden Montagabend besichtigen konnten. Es ist eine unheimlich bedrückende Bildhaftigkeit, die ich sehr stark von einem Abend vor Augen habe, vom 22. Dezember vor der Semperoper, als da Zigtausende von Menschen standen, ich glaube, es waren 22.000. Als ich dort vorbei musste, skandierten sie alle im Chor: »Lügenpresse! Lügenpresse!« Das hat sich mir so eingebrannt, es war so unheimlich. Da habe ich mich gefragt, wie man solche Menschen wieder einfängt. Ich denke, das müsste jetzt neben der Analyse auch ein Schwerpunkt sein, dass wir uns fragen, wie wir diese Menschen wieder zurückgewinnen für die Medien.

Ich möchte jetzt gern meine Gäste hier aufs Podium bitten. Zunächst einmal Frau Prof. Dr. Karola Wille, die Intendantin des Mitteldeutschen Rundfunks, dann bitte ich Torsten Kleditzsch zu mir, Chefredakteur der Tageszeitung »Freie

Presse«. Weiterhin Carsten Dietmann, Geschäftsführer der Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG, dann bitte Rico Gebhardt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Frank Kupfer, Vorsitzender der CDU-Fraktion, und Roland Tichy, bitte.

Gleich zu Beginn unserer Runde möchte ich noch einmal die Zahl vom Anfang aufnehmen, die der Präsident genannt hat: Die Analyse, die aus der Studie stammt, die Wolfgang Donsbach vom Kommunikationswissenschaftlichen Institut in Dresden erarbeitet hat, nämlich dass überhaupt nur noch zehn Prozent der Bürger den Journalisten Glauben schenken, und wenn ich mich richtig erinnere, nur drei Prozent den Politikern glauben.

Dr. Matthias Röbler: Weniger als zehn Prozent!

Alexandra Gerlach: Na ja, weniger, ich glaube, es stand da maximal zehn Prozent. Es ist alles gleichermaßen erschreckend,

ich will das gar nicht beschönigen. Aber die Frage für mich ist – und das wäre die erste Frage an Frank Kupfer als Politiker: Was ist denn dieser Befund, was bedeutet der für unsere Demokratie?

Frank Kupfer: Das ist eine Gefahr für unsere Demokratie. – So wie Sie das jetzt gerade dargestellt haben, ist das wieder typisch: Die Journalisten stellen sich wieder besser als die Politiker.

Alexandra Gerlach: Sie können ja nichts dafür, das ist eine Studie, eine wissenschaftliche Studie.

Frank Kupfer: Das ist aber genau das Problem. Sie haben jetzt nicht die Zahlen gesagt, wie sie wirklich sind, sondern Sie haben gesagt: die Politiker sind bei drei Prozent, wir sind bei zehn Prozent. Das stimmt aber gar nicht. Sie sind unter zehn Prozent.

Alexandra Gerlach: Maximal bei zehn Prozent.

Frank Kupfer: Die Art der Darstellung war für mich wieder typisch.

Alexandra Gerlach: Alles ok. Ich kann damit umgehen.

Frank Kupfer: Es ist wirklich eine Gefahr für die Demokratie. Das, was jetzt die Pegida-Demonstranten skandiert haben, »Lügenpresse«, das sollte Ihnen als Journalisten zu denken geben.

Alexandra Gerlach: Das tut es ja, das habe ich ja gerade gesagt.

Frank Kupfer: Ich habe das in den letzten Wochen am eigenen Leib gemerkt. Die Journalisten versuchen jetzt, sich rein zu schreiben, indem sie die Politiker als dumm und geldgierig hinstellen. Auf Kosten der Politiker wollen sich die Journalisten nun wieder hochschreiben.

Alexandra Gerlach: Gut, da ging es jetzt um eine sehr umstrittene Initiative, die

im letzten Moment noch nachgebessert wurde.

Frank Kupfer: Es ging um eine ganz normale parlamentarische Angelegenheit, nämlich um das Abgeordnetengesetz, das wir in jeder Legislaturperiode am Anfang besprechen.

Alexandra Gerlach: Richtig.

Frank Kupfer: Das war nicht übertrieben, das war etwas ganz Normales. Das haben wir den Menschen über die sozialen Medien erklärt, weil wir in der Presse, im Fernsehen nicht so vorgekommen sind, wie das aus unserer Sicht vernünftig gewesen wäre. Es war eine tendenzielle, tendenziöse Berichterstattung, auch im MDR, das muss ich mal so sagen, Frau Wille.

Alexandra Gerlach: Jetzt landet der Ball automatisch bei Ihnen, Frau Prof. Wille. Sie sitzen ja nun nicht in der Redaktion, also Sie entscheiden nicht genau, was



dann an dem Abend berichtet wird, wenn es hier um die Diäten geht. Aber das ist ein harter Tobak. Müssen Sie sich jetzt den Schuh anziehen und sagen: Ja bei uns läuft tatsächlich einiges schief, es wird tendenziös berichtet?

Prof. Dr. Karola Wille: Also das ist in der Tat starker Tobak.

Alexandra Gerlach: Na gut, aber das war ja nun so formuliert. Genau.

Prof. Dr. Karola Wille: Ich glaube, dass es das sicherlich im Einzelfall gibt – kein Mensch in dieser Gesellschaft ist fehlerfrei. Es können durchaus im journalistischen Alltag Dinge passieren, die nicht korrekt sind. Solche Dinge passieren auch bei uns. Da liegt es an uns, die Fälle zu korrigieren, die Dinge transparent zu machen, sich dafür auch zu entschuldigen. Das sind Einzelfehler. Aber darüber hinaus haben wir viele strukturelle, finanzielle Sicherungen im System, so dass wir auch die Voraussetzungen

dafür haben, dass wir Qualitätsjournalismus anbieten können, ich behaupte: anbieten müssen.

Was hier diskutiert wird, ist sehr grundsätzlich, und es muss uns sehr grundsätzlich beschäftigen, weil es ein Stück weit um das Funktionieren unserer Demokratie geht. Wir haben gerade gelernt, dass Medien – das sehe ich genauso – ganz entscheidend öffentlichen Raum organisieren. Wir reden über das Gestalten einer offenen Meinungsbildung in der Gesellschaft. Genau darum geht es ja, deswegen ist dieses Thema auch so ernsthaft. Deshalb bin ich sehr dafür, dass wir grundsätzlich diskutieren, was schief läuft, was im Einzelnen die Ursachen dafür sind und welche Möglichkeiten wir haben, gegenzusteuern.

Alexandra Gerlach: Darum fragen wir doch einmal Herrn Kleditzsch, Chefredakteur der »Freien Presse«: Müssen Sie sich den Schuh anziehen oder trifft Sie das jetzt ganz schmerzhaft?

Torsten Kleditzsch: Das trifft mich nicht schmerzhaft, aber das trifft mich schon. Ich bin ziemlich verblüfft über dieses Eingangsstatement. Wir als »Freie Presse« waren die ersten, die die Geschichte gebracht haben, die Pläne zur Altersversorgung des Parlaments. Diese Veröffentlichung war völlig berechtigt. Ich habe für mich das Statement von Herrn Kupfer so interpretiert, dass man die Gelegenheit nutzt, zu der es in dem einen oder anderen Punkt durchaus berechtigte Kritik an den Medien gibt, denen mal ganz pauschal die Meinung zu sagen. Sie haben im Grunde genau das gemacht, was Sie den Medien vorwerfen: Sich selbst in Sicherheit bringen, und den anderen im Regen stehen lassen. Solche Beispiele mag es auch in der Presse geben, aber Ihr Statement war leider – muss ich Ihnen ehrlich sagen – überhaupt nicht besser.

Die sächsischen Medien sind so etwas von zahm im Umgang mit den hiesigen Landespolitikern, dass ich mir diesen

Schuh wirklich nicht anziehen muss. Um das vielleicht ganz kurz in Worte zu fassen: Ich bin – und das habe ich im Leitartikel geschrieben – dafür, dass die Parlamentarier noch viel mehr verdienen. Das sollten sie. Aber sie sollten ihre Altersvorsorge selbst finanzieren, weil sie dann weniger abhängig wären. Aber wir wollen ja nicht über das Altersgesetz diskutieren. Ich wollte nur sagen: Die Kritik war völlig berechtigt, und wir haben nichts anderes gemacht, als Öffentlichkeit herzustellen. Dass es dadurch Debatten gibt, die den Politikern nicht passen, das wird es hoffentlich auch in Zukunft noch geben.

(Beifall)

Alexandra Gerlach: Herr Gebhardt, wie sehen Sie das denn? Haben Sie den Eindruck, dass Sie als Parlamentarier bei dieser Thematik ungerecht in der Berichterstattung behandelt worden sind?

Rico Gebhardt: Ach, das wäre ja jetzt wirklich fast ein anderer Kanon, den wir heute Abend miteinander abhandeln.

Alexandra Gerlach: Das wollen wir jetzt einmal am Anfang abklären, weil der Vorwurf so im Raum steht. Wir wollen wissen, wie Sie sich dabei gefühlt haben.

Rico Gebhardt: Die Frage ist ja, wie man an diese Sache herangegangen ist. Ich sage jetzt einfach einmal: Teile innerhalb des Parlamentes waren einfach der Meinung, mit dem Kopf durch die Wand gehen zu müssen, statt zu sagen: Lasst uns das gemeinsam versuchen, wir erklären es dann der Öffentlichkeit. Stattdessen haben sie das hinter verschlossenen Türen verabredet, die beiden Koalitionspartner, und es anschließend der Öffentlichkeit kundgetan und damit auch dem Rest der Parlamentarier. Nach dem Motto: Friss, Vogel, oder stirb! Und wenn man dann Kritik erntet, muss man sich nicht wundern.

Daher ziehe ich mir den Schuh nicht an, auch wenn ich mich manchmal über den einen oder anderen Berichtersteller geärgert habe, weil der dann immer von »den Abgeordneten« schreibt, was letztendlich auch uns trifft.

Aber es gibt natürlich schon mal Überlegungen, ob wir nicht auch bei sächsischen Journalistinnen und Journalisten einmal nachfragen sollten, ob sie nicht doch manchmal eher auch über Alternativen reden könnten. Die Frage ist, warum denn die Leute »Lügenpresse« schreien. Warum sagen sie denn das? Warum fühlen Sie sich davon betroffen, in dem Falle ja auch als Journalistin? Ist es nicht manchmal so, dass wir selbst einen Beitrag dazu leisten?

Ich mache mal ein ganz anderes Thema auf: 25 Prozent der Leute sind eher unzufrieden mit dem, was die friedliche Revolution für sie persönlich gebracht hat. Wo werden diese 25 Prozent widergespiegelt? Kommen die vor? Wer registriert



es, dass es so viele gibt, außer den Umfragen, die wir dazu haben? Und wo werden deren Probleme widerspiegelt? Wo können sie sich wiederfinden? Bei uns Politikern manchmal nicht, weil wir sagen, wir sind alle für die friedliche Revolution gewesen. Und wenn man über Probleme redet, wird erwidert: Redet das doch mal nicht schlecht! Der MDR wird ein großes Problem haben, das zu dokumentieren. Und ich glaube auch, der eine oder andere in den Medien in Sachsen wird ein Problem damit kriegen, wenn er zu kritisch darüber berichtet.

Alexandra Gerlach: Das ist natürlich ein kritischer Befund, wenn es denn so wäre. Dazu würde ich gern einmal den Verlagschef fragen. Sie sind ja nun auch abhängig davon, dass Sie genügend Geld einwerben durch Anzeigen etc. Wie viel Druck setzt das denn auf Ihr redaktionelles Geschäft?

Carsten Dietmann: Gar keinen. Aber ich würde gern einmal –

Alexandra Gerlach: Das sagen Sie jetzt so. Und wenn Sie jetzt einen so richtig verärgern, dann kriegen Sie keine Anzeige mehr.

Carsten Dietmann: Nein, da sind unsere Redaktionen wirklich unabhängig und agieren unabhängig. Wir können uns das auch noch leisten, dass das so ist, und hoffen, auch noch lange.

Aber ich möchte einmal grundsätzlich etwas zur Diskussion sagen. Wenn die zwei Parteien Politik und Medien am Tisch sitzen, und die eine hat eine Glaubwürdigkeit von unter zehn Prozent und die andere eine von drei Prozent, und uns fällt nichts Besseres ein, als uns gegenseitig zu beschuldigen, wie wir dieses gemeinsame Problem, das wir haben, beseitigen können, dann ist das ein erster grundsätzlicher Fehler, den wir begehen. Ich glaube, wir müssen uns als erstes einmal nach Ursache und Wirkung fragen. Ich habe da vielleicht eine etwas andere Meinung, ich bin

schon in Teilen auch der Meinung, dass die Politiker dem Volk ihre Entscheidungen zu wenig erklären und damit die Dinge, die dort passieren, auch für das Volk zu wenig nachvollziehbar machen.

(Zuruf)

Ja, vielleicht müssen wir da gemeinsam ran, aber ich glaube, das, womit wir im Moment wirklich nicht umgehen können, ist das, was Herr Tichy ganz zum Schluss sagte: Die Parallelgesellschaft Internet. Die schafft etwas. Dazu habe ich an anderen Stellen schon gesagt, dass ich gar nicht mehr weiß – das ist jetzt auch vielleicht etwas provokant –, ob Demokratien im Zeitalter von Facebook überhaupt noch beherrschbar sind. Denn es kann sich jede Interessengruppe – so wie Herr Tichy sagt – wie ein riesengroßer Stammtisch zusammenschließen und sich heißreden, kann sich zu einem bestimmten Thema eine eigene Meinung bilden. Wer sich zum Beispiel diese Pegida-Facebook-Seite einmal ange-

schaut hat: Da sind Verschwörungstheorien drin, die teilweise so abstrus sind, dass man sagt: Die kann doch gar keiner glauben. Aber wenn sie sich nur gegenseitig oft genug erzählt werden, dann glauben die Menschen das. Jetzt stellt sich tatsächlich für uns – und zwar denke ich dabei für Politiker und für Medien – die Frage, wie wir die Leute dort herausholen und wieder so etwas wie eine allgemeine öffentliche Meinung hinbekommen, der man auch glaubt.

Alexandra Gerlach: Herr Tichy, hat man überhaupt eine Chance, diese geschlossenen Kreise für eine normale Medienberichterstattung zurückzugewinnen? Was meinen Sie?

Roland Tichy: Natürlich, ich glaube schon. Man darf diese Debatte auch nicht in die falsche Richtung führen. Viele Journalisten und Medienleute gehen am Sonntagabend schlafen und sagen: Lieber Gott, mach, dass es Montag wird und dieses Internet weg ist!

Alexandra Gerlach: Das wird nicht passieren.

Roland Tichy: Aber diesen Gefallen wird es uns halt nicht tun. Also müssen wir damit leben. Wenn man sich die Debatte heute anschaut, fühlt man sich ein bisschen erinnert an eine Debatte, die Herr Rößler und ich im Geiste vermutlich 1780 oder so geführt haben könnten, als die ersten sächsischen Tageszeitungen aufkamen – da fand man das auch ziemlich lästig, dass dieser Pöbel da jetzt Zeitungen schreibt: Das ist ja gar nicht mehr beherrschbar. Stellen Sie sich vor, was diese Zeitungen mit den Dienstboten machen, sie hetzen die auf. Eine Ständegesellschaft fand das ganz unerträglich. Zeitungen sind entstanden in Großbritannien, die so schöne Namen wie »The Observer«, »The Guardian«, »The Independent« hatten, und diese Namen sagen schon, dass es die Zeitungen des Bürgertums gegen den Adel waren und gegen die autoritären Kräfte, und es ist die Demokratie entstanden.

Natürlich ist das Modell, das wir haben – eine überschaubare Anzahl von Zeitungen und eine abzählbare Anzahl von elektronischen Kanälen –, vorbei. Wir müssen also wieder andere gemeinsame Initiativen finden und dadurch natürlich ins Internet gehen und nicht aus dem Internet herausgehen. Ich glaube, viele Menschen sind einfach unzufrieden mit dem herrschenden Angebot und schaffen sich ein neues. Das finde ich übrigens eine sehr demokratische Sache. Ich meine, Paul Sethe, der erzkonservative Herausgeber der »FAZ« so um 1954, sagte einmal: »Die Pressefreiheit in Deutschland, das ist doch die Pressefreiheit von 200 reichen Familien.« Was nicht ganz so verkehrt ist, weil man, um eine Zeitung zu betreiben, so richtig viel Kohle und Asche zusammen benötigt. Ein Internetportal zu betreiben, ist ziemlich kostengünstig. Es ist ein sich demokratisierender Prozess. Wir haben noch keine richtigen Instrumente dafür – über die sollten wir reden. Aber, mal ehrlich gesagt, die Presselandschaft, wie



wir sie heute kennen, hat auch 250 Jahre gebraucht, bis sie sich entwickelt hat aus den ersten Zeitungen. Dagegen ist das Internet eine harmlose Angelegenheit. Das war reiner – heute würde man sagen – Schmutzjournalismus, von ein paar Verlegern erfunden, die ihre Bibeldruckanlagen auslasten wollten mit erfundenen Geschichten. Irgendwann ist daraus Qualitätsjournalismus entstanden. Ich glaube, das geht auch in neuen Medien.

Alexandra Gerlach: Aber fest steht jetzt, dass die Digitalisierung ja alle Medien extrem unter Druck gebracht hat, auch gerade die elektronischen Medien. Frau Wille, Sie müssen sich jetzt darauf einstellen, Sie modernisieren gerade den MDR. Trimedialität ist das Stichwort. Sie haben aber auch das Problem, dass jetzt im Grunde die Ebenen verschmelzen. Sie haben plötzlich Print, Fernsehen, Radio – alles auf einer Ebene. Jeder kann sich bedienen. Braucht man dann überhaupt noch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

Prof. Dr. Karola Wille: Ich würde gern noch einmal ein Stück weiter vorn anfangen. Wir konstatieren, die Welt ist digital geworden. Auf diese müssen wir Antworten finden. Wir müssen auch Antworten finden, wo die Ursachen liegen – das habe ich vorhin zu sagen versucht – für den Verlust an Glaubwürdigkeit. Wenn man Glaubwürdigkeit verloren hat, ich glaube, das geht schneller, als Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Ich glaube, darüber sollten wir gemeinsam nachdenken: Printmedien, audiovisuelle Medien, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und privater Rundfunk. Es gibt im Übrigen eine interessante Aussage vom Bundesverfassungsgericht. Und zwar, dass der wirtschaftliche Wettbewerbsdruck und das publizistische Bemühen um die immer schwerer zu gewinnende Aufmerksamkeit der Zuschauer häufig zu wirklichkeitsverzerrenden Darstellungen führen und dass das darin seinen Ausdruck findet, dass man das Sensationelle bevorzugt, dass man sich bemüht, dem Berichtsgegenstand etwas Beson-

deres abzugewinnen, und dass man auch zu skandalösen Dingen neigt.

Diesen Prozess, diese Tendenz haben wir seit Jahren. Welche Themen werden überhaupt aufgegriffen? Über welche Themen berichtet man überhaupt noch? Berichtet man über das Normale, die positiven Dinge, die sich in einer Gesellschaft entwickeln – berichtet man über die? Und wenn ja, wie berichtet man über diese Dinge? Wir haben einen Trend – und ich glaube, dass es in der Tat wesentliche Ursachen sind – zu Vielfaltsdefiziten. Das spüren die Bürger.

Sie haben ja gefragt, wie es mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist.

Alexandra Gerlach: Ja. Ist die Berechtigung noch da, Gebühren einzuziehen?

Prof. Dr. Karola Wille: Wir haben eine Verantwortung, diese Diskussion gemeinsam mit den Medien in Deutschland zu führen. Ich finde, wir sollten in

der Tat darüber nachdenken, ob dieser Berufsstand Journalist nicht auch so etwas Besonderes ist wie der Arztberuf. Muss es nicht für uns auch ein Ethos geben? Wir müssen diese Diskussion gemeinsam führen.

Alexandra Gerlach: Dieses Ethos gibt es ja.

Prof. Dr. Karola Wille: Genau, ich meine die Diskussion über die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Ich finde, wir sind als öffentlich-rechtlicher Rundfunk besonders in der Verantwortung, denn wir werden von dieser Gesellschaft, von jedem Einzelnen in der Gesellschaft finanziert. Wir haben die Voraussetzungen, Qualitätsjournalismus bieten zu können, und müssen deshalb auch dieser besonderen Verantwortung nachkommen. Das ist auch die Antwort des Bundesverfassungsgerichtes. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk kann und muss diesen Vielfaltsdefiziten gegensteuern.

Alexandra Gerlach: Aber wenn die Leute das gar nicht mehr wählen! Wir wissen bereits aus dem Nutzerverhalten der jüngeren Generation, dass die im Netz ganz gezielt nach Spartenkanälen suchen, die ja auch immer mehr werden im Netz. Da gibt es Genusskanäle, Sportkanäle, alles Mögliche gibt es. Die suchen gar nicht mehr unbedingt den MDR. Wie ist jetzt der Altersdurchschnitt der MDR-Zuschauer?

Prof. Dr. Karola Wille: Ich könnte ja jetzt sagen, wir sind das Jüngste unter den Dritten im Altersdurchschnitt.

Alexandra Gerlach: Ok, das ist der Einäugige unter den Blinden.

Prof. Dr. Karola Wille: Wenn das 62 Jahre sind, dann ist das ein Ausdruck dessen, dass wir damit auch ein Problem haben. Das ist völlig richtig. Wir bemühen uns deshalb z.B. durch Veränderungen im MDR-Fernsehen auch jüngeres Publikum anzusprechen. Das sind teilweise Dar-

stellungsformen, das sind teilweise Erzählweisen, das sind Themensetzungen bis hin zu Musiksendungen, die auch mit jüngeren Formaten ins Programm genommen werden.

Wir versuchen, mit unseren Angeboten auch Jüngere anzusprechen. Aber Sie haben recht, der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat generell ein Problem mit dem Generationsabriss. Das ist richtig, und der Wahrheit muss man auch ins Auge schauen. Ich finde die politische Weichenstellung richtig und hoffe, dass wir auch zeitnah einen Auftrag bekommen für die jungen Leute, da wo der KiKA endet, wo wir sozusagen nicht mehr dran sind an den jungen Leuten und sie uns gar nicht mehr wahrnehmen, dass wir ein ARD-ZDF-Online-Jugendangebot starten können. Da sind wir dran, und die Welt der jungen Menschen ist die Online-Welt. Dort werden wir die Antworten finden müssen. Die jungen Leute warten draußen nicht auf uns, davon bin ich überzeugt. Wir wer-



den sie finden müssen in dieser Internetwelt. Wir müssen solche Inhalte anbieten, dass wir sie tatsächlich ansprechen und sie uns weiter wahrnehmen.

Alexandra Gerlach: Aber verstehe ich Sie richtig, dass Sie dafür neue Mittel fordern, einen neuen Kanal, um das überhaupt zu bewältigen?

Prof. Dr. Karola Wille: Wir fordern keine neuen Mittel – dass sich das hier nicht festsetzt! –, sondern wir werden das aus dem Bestand, d.h. mit den Mitteln realisieren, die wir haben. Dazu brauchen wir zunächst einen Auftrag aus der Politik. Die Politik ist auch dran, einen gemeinsamen Auftrag für ARD und ZDF, ein Online-Jugendangebot zu entwickeln.

Alexandra Gerlach: Herr Gebhardt, Sie haben sich dazu gemeldet.

Rico Gebhardt: Ich finde es interessant. Frau Dr. Wille, wir reden heute de facto vor allen Dingen über den Teil Nachrich-

ten. Wenn ich über Nachrichten nachdenke, so hat doch eigentlich der öffentlich-rechtliche Rundfunk eher den Nimbus, seriöser zu sein als die Privaten. Jetzt stelle ich mir mal ganz kurz vor, es gäbe eine öffentlich-rechtliche Zeitung. Hätte die einen größeren Beifall bei der Bevölkerung? Ihr Akzeptanzproblem ist doch eher in den sonstigen Sendungen begründet als in den Nachrichtensendungen, weil die doch eher positiv begleitet sind.

Prof. Dr. Karola Wille: Das ist erst einmal positiv, das stimmt. Am meisten eingeschaltet werden beim MDR die Nachrichtensendungen und das Regionalmagazin um 19:00 Uhr. Die Leute schauen 19:00 Uhr und 19:30 Uhr Informationssendungen, und das ist gut so.

Alexandra Gerlach: Herr Kleditzsch.

Torsten Kleditzsch: Ich will mich mal ein bisschen außerhalb des Schwarms bewegen. Wir sind heute als Tages-

zeitungen viel besser als noch vor zehn Jahren, gerade die regionalen Tageszeitungen. Was die vielen dort vor Ort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen für die Demokratie leisten; wie sie mit sehr viel Kärnerarbeit Fakten beschaffen, geht unter in so einer Debatte, wo wir uns an Wulff entlanghängeln und an der Ukrainekrise und zig anderen Geschichten.

90 Prozent der Inhalte, die Sie heute im Netz finden, über die im Netz wunderbar philosophiert wird, stammen aus den klassischen Medien, also dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den Tageszeitungen. Von dort kommen nach wie vor die Fakten. Wir organisieren jetzt zum Beispiel vor dem 7. Juni, an dem wir in Sachsen Kommunalwahlen haben, in jeder größeren Gemeinde Wählerforen. Das ist eine ganz altmodische Sache. Und das ist unwahrscheinlich viel Aufwand, das bringt uns kein Geld, aber es ist etwas, das wir nach wie vor richtig finden und mit dem wir unserer Verant-

wortung nachkommen. Wenn ich nun die Glaubwürdigkeitsquote von zehn Prozent nehme – ich kenne jetzt die Fragestellung nicht genau –, dann muss man sehen, dass es zugleich einen ganz großen Bereich gibt, in dem diese Glaubwürdigkeit viel, viel höher ist, womit wir gerade als Regionalzeitung auch sehr verantwortungsvoll umgehen müssen und es auch tun. Das ist eben die Berichterstattung aus unseren Regionen in Sachsen, wo es nun einmal nicht so viele Medien gibt. Ich glaube, wir sind in dieser Debatte gerade dabei, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Alexandra Gerlach: Ich will trotzdem noch bei Herrn Tichy nachfragen. Sie haben ja vorhin diesen Mainstream-Journalismus so angeprangert. Gibt es einen Zusammenhang zwischen der Digitalisierung und der Tatsache, dass eben sehr schnell so reflexartig und auch gleichlautend berichtet wird in unterschiedlichen Medien?

Roland Tichy: Nein, ich glaube nicht, dass das eine Folge der Digitalisierung ist, es sei denn, sie kommt daher, weil der Wettbewerbsdruck natürlich die wirtschaftliche Lage für viele Zeitungen verschärft hat und damit durchaus eine Unsicherheit entsteht. Das mag ein Argument sein. Aber ich stimme Ihnen übrigens zu, was auf der regionalen Seite steht, kann ich auch gar nicht anders beurteilen. Sondern ich glaube schon, dass viele unserer Kollegen in den großen Medien nicht mehr die Nähe zu den Lesern haben. Sie lieben ihre Leser nicht mehr, und sie verstehen auch ihre Leser nicht mehr.

Ich habe schon manchmal das Gefühl, dass da Communitys entstanden sind, die so ganz eigene Weltbilder pflegen. Ich mache das einmal an etwas fest, das vielleicht unpolitisch sein mag. Mir ist im letzten Jahr aufgefallen, wie toll es ist, sich vegan zu ernähren. Glauben Sie mir, es ist völlig egal, was Sie essen. Essen ist nicht politisch, glaube ich,

aber wenn man Zeitungen oder elektronische Medien verfolgt hat, hat man das Gefühl gehabt, der Veganismus ist eine Massenbewegung. Er ist statistisch nicht abbildbar.

(Heiterkeit)

Er wächst trotzdem. Also offensichtlich ist es in Hamburg oder Düsseldorf und in Berlin, Prenzlauer Berg, irgendwie wahnsinnig schick, sich vegan zu ernähren. Das ist geschenkt, ja. Also da entstehen so Marotten, so Sichtweisen auf Dinge, wo die Leute fragen: Habt ihr sie noch alle – oder was?

Um dieses schmerzhaft Thema Pegida tanzt man jetzt auch so ein bisschen herum, es ist lokal vielen eben sehr unangenehm. Ich war hier nicht, ich bin kein Dresdner, ich lasse mich auch belehren. Aber ich habe nicht das Gefühl gehabt, dass da lauter Nazis herumlaufen. Dies war jedoch das Bild, das sich mir als Zuschauer, wo ich gerade war,



in Frankfurt oder Hamburg, immer wieder vermittelt hat. Das meine ich. Die Menschen – Frau Wille, Sie haben ja so recht – haben einmal Vertrauen verloren, wenn für sie feststeht: Wir werden ja alle als Nazis beschimpft! Ich bin keiner, Sie sind keiner, mein anderer Nachbar vielleicht auch ein bisschen ein komischer Vogel, aber Nazi ist er nicht.

(Heiterkeit)

– Das war jetzt ein Gag.

Da entsteht dann eine Abwehrhaltung, die wie immer bei solchen Sachen Gerechte und Ungerechte trifft. Das trifft dann auch die Regionalzeitung. Dann zieht man sich zurück in eine eigene Community, die sich sodann natürlich gegenseitig bestätigt. Das ist das, was ich hier meine. Eine Demokratie lebt nur vom Diskurs.

Eben weil es die Wahrheit nicht gibt, entstehen diskursfreie Räume. Also

müssen wir wieder zurück in diese Diskussionen. Weil es eben so schwierig ist – das ist auch in anderen Städten so. Ich erinnere mich, ich kam vom Zahnarzt, da war so eine Pegida-ähnliche Veranstaltung in Frankfurt. Es waren 70 Leute, sie waren eingekästelt von 5.000 Demonstranten, die haben gesungen: »Hängt sie, hängt sie alle auf!« An diesem Tag war ich wirklich verstört, weil ich das nur aus Filmen über das Dritte Reich kannte, dass man auf deutschen Straßen anderen Menschen den Tod wünscht.

Das hat mich ungeheuer schockiert. Ich habe darüber aber auch keine Berichterstattung in der dortigen Regionalpresse gelesen. Da stand dann so: »Am Rande von Pegida-Demonstrationen kam es zu Gewaltausschreitungen.« Dummerweise war ich da an der Ecke dabei, dort waren auch die Demonstranten.

Ich will diese Damen und Herren jetzt nicht verteidigen. Darum geht es mir nicht. Mir geht es um die Struktur einer

Berichterstattung. Die Menschen spüren, dass es nicht stimmt. Woran es genau liegt, wissen sie nicht. Aber dann ist dieses Mediensystem für sie vorbei.

Alexandra Gerlach: Das war übrigens ein Befund, den der eingangs erwähnte Kommunikationswissenschaftlicher Wolfgang Donsbach auch attestiert hat. Er sagte, dass hier die Presse mit der Berichterstattung auch einen Anteil daran hat, dass die Pegida-Bewegung so erstarrt ist, weil die sich in die Ecke gedrängt fühlten. Das war auch das, was ich selbst im Dezember erlebt habe: Es waren nicht alles Nazis, es standen ganz normale Menschen wie Sie und ich dabei und waren irgendwie gefrustet und haben dort ihrem Frust Luft gemacht. Das galt zumindest bis zur Aufteilung der Pegida-Bewegung. Seitdem ist das wieder anders. Aber das nur am Rande.

Herr Dietmann, Sie wollten eben dazu etwas sagen.

Carsten Dietmann: Bevor ich dazu komme, vielleicht ganz kurz: Ja, es standen dort Menschen, die sicherlich keine Rechtsradikalen sind, die hinausgegangen sind, zumindest bis zur Spaltung. Ich glaube, sie sind dort hinausgegangen nicht in erster Linie, um sich über die Lügenpresse zu echauffieren, sondern in erster Linie, weil sie mit den politischen Entscheidungen, die in diesem Land gefällt werden, nicht mehr zufrieden sind, die sie nicht mehr nachvollziehen können. Wie gesagt: Ursache und Wirkung – vielleicht erklären wir sie nicht genug, das mag sein. Aber ursächlich ist, glaube ich, die Unzufriedenheit mit vielen Dingen, die hier im Land laufen.

Ich wollte auf etwas anderes hinaus, und zwar darauf, dass Frau Wille hier als Problem diesen Generationenwechsel geschildert hat. Das haben wir genauso, und Herr Kleditzsch hat, glaube ich, recht, dass die Basis aller Informationen, die auch im Internet besprochen werden, ja noch die normalen, seriösen Medien

sind. Wir merken nur Folgendes: Wir merken, dass wir im Internet die Leute erreichen, übrigens auch jüngere – nur nicht gegen Geld.

Alexandra Gerlach: Das ist ja Ihre Krux: Sie verdienen kein Geld!

Carsten Dietmann: Meiner Meinung nach ist das ein Thema, mit dem sich auch die Politik in Zukunft zumindest einmal auseinandersetzen muss. Wir merken, dass wir – ich sage das einmal als Beispiel – einen Onlinedienst der »Morgenpost« haben, »Mopo24«, der ein Durchschnitts-Nutzeralter von 32 Jahren hat. Das ist eigentlich fantastisch. Wir sind da im Gespräch mit 32-Jährigen, nur wir kriegen keine Subventionen von irgend jemandem, sondern müssen das Ganze eben halt irgendwie werbefinanzieren. Und jetzt – wer sich diesen Dienst ansieht – kommen wir wieder in eine ganz schwierige Situation. Jetzt kommt dieses bekannte Wort »Native Advertising«, jetzt spielen

wir Werbung ein, die als solche zwar gekennzeichnet wird, aber die auch verwirrend sein könnte usw., weil wir Refinanzierung brauchen.

Ich glaube, wir müssen uns alle miteinander überlegen, wie diese Kostenloskultur, die sich mehr und mehr durchsetzt, zukünftig behandelt wird.

Leider – das ist jetzt der letzte Satz und das ist auch kein Jammern – spüren wir als Regionalzeitungen momentan genau das Gegenteil: Wir haben Millionen an Mehrkosten durch den Mindestlohn, weil wir ein Zustellersystem neu steuern und ausrichten müssen, was wir nicht in den Griff bekommen mit diesen Dokumentationspflichten usw., was uns da alles auferlegt worden ist. Wir haben dreieinhalbtausend Zusteller, die nachts arbeiten, wo wir nicht wissen, wie wir sie kontrollieren sollen. Wir haben eine von der Politik geschaffene Situation, dass Printmedien Mehrwertsteuerrabattiert abgerechnet werden, Onlinemedien



mit dem normalen Steuersatz von 19 Prozent. Also wir haben beinahe den Eindruck, dass die Politik uns gar nicht mehr möchte. Was dann passiert, das kann man ja schon besichtigen. In vielen Teilen, gerade im Norden Deutschlands, gibt es nur noch eine Zeitung, wenn überhaupt. Da wird der Mantel dann sonst irgendwo gemacht in irgendeiner Großstadt, und der Rest findet eigentlich nicht mehr statt – also auch eine gefährliche Entwicklung.

Torsten Kleditzsch: Darf ich dazu ganz kurz etwas sagen?

Alexandra Gerlach: Herr Kleditzsch; dann Herr Kupfer.

Torsten Kleditzsch: Der Mindestlohn, Herr Dietmann, auch wenn das gerade für die Geschäftsführer in der Tat ein Problem ist, ist auf der anderen Seite ein wunderbares Beispiel für die innere Pressefreiheit. Die Redaktionen haben, glaube ich, mehrheitlich für den Min-

destlohn geschrieben, obwohl es ihren Häusern große Schwierigkeiten bereitet, mit diesen Kosten zurechtzukommen. Aber das zeigt, da gibt es keine wirtschaftliche Einflussnahme durch den Geschäftsführer auf die Redaktion. Wenn er es versucht hätte, hätte er es nicht durchsetzen können.

Das also nur als Beispiel am Rande.

Alexandra Gerlach: Gut, nun Herr Kupfer dazu.

Frank Kupfer: Genau zu diesem Thema wollte ich jetzt auch noch einmal nachhaken. Ich darf dann auch Volker Schimpff zitieren: »Da hält sich mein Mitleid in Grenzen.«

Das ist ja wirklich so: Wir haben als Sächsische Regierung – und unser Ministerpräsident als Letzter – noch davor gewarnt, den Mindestlohn einzuführen, weil wir die Auswirkungen, gerade in Ostdeutschland, gesehen

haben. Von der Presse sind systematisch alle Kritiker des Mindestlohnes niedergeschrien worden, systematisch, deshalb gönne ich euch das.

(Heiterkeit, Beifall)

Alexandra Gerlach: Schauen wir noch einmal auf das Vertrauensdefizit bei der Politik. Jetzt geht es einmal nicht um die Medien, jetzt geht es um eine Analyse des Politikologen Albrecht von Lucke, der sagt, dass der Frust der Bürger daher stammt, dass die großen Volksparteien keine Antworten mehr haben auf die drängenden politischen Themen, angefangen bei der Euro-Krise, weiter über die Flüchtlingsfrage, die Ukraine-Russland-Krise. Man könnte es beliebig über NSA und sonst wohin fortführen. Er sagt, im Grunde sei die Gründung der AfD die Antwort auf dieses Unvermögen der großen Parteien, diese Fragen auch nur ansatzweise zu beantworten, und fügt dann hinzu – das geht an DIE LINKE –, dass DIE LINKE es gleich-

falls nicht schafft, irgendwo eine Alternative darzustellen.

Im Moment ist es sowieso mit der Opposition im Bundestag ein bisschen schmalbrüstig, aber dass da eben eigentlich auch kein Gegenentwurf dargestellt wird, dazu würde ich gern einmal hören, wie Sie darüber denken.

Herr Kupfer, dann fangen Sie vielleicht einmal dann.

Frank Kupfer: Es ist natürlich schwierig in einer Demokratie, wo absolute Mehrheiten ja schon regelrecht verpönt sind, auch eine klare politische Linie zu fahren.

Alexandra Gerlach: Aber Probleme erklären und Lösungen aufzeigen?

Frank Kupfer: Danke. Wir gehen mit einem Wahlprogramm in die Wahl. Klare Programm, klare Fakten. Hinterher fragt der Wähler: Warum setzt ihr das

nicht um? Weil wir nicht allein sind, weil wir einen Koalitionspartner haben. In Sachsen ist es immer ein ganz kleiner, die FDP und jetzt die SPD das zweite Mal. Die bestimmen dann, wo es lang geht in großen Teilen. Das ist so. Man verliert dort dann als Union, egal ob ich es da persönlich nehmen oder als CDU sehen kann, an Glaubwürdigkeit gegenüber dem Wähler, weil der Wähler nicht sieht, dass wir eins zu eins unser Wahlprogramm durchsetzen.

Aber er versteht auch nicht das System, dass wir eben nicht mit unserer Mehrheit alles durchsetzen können. Wir müssen auch den Koalitionspartnern Erfolge zugestehen, sie sind ja schließlich auch gewählt. Das ist in Sachsen genauso wie im Bund. Dort gibt es jetzt eine Große Koalition. Das ist das eine Problem, dass man die Koalition hat.

Das zweite Problem ist natürlich, wie Sie, Herr Tichy, auch gesagt haben, die öffentliche Meinung, die von den Journa-

listen auch immer herbeigeschrieben wird. Man darf ja gar nicht mehr kritisch sagen, dass Ausländer auch Verbrechen begehen. Das darf man gar nicht mehr sagen. Dies ist auch ein Grund, warum die Pegida-Leute auf die Straße gehen. Sie haben es ja auch an dem Beispiel gezeigt: ein Ehepaar, das Bomben baut. Warum sagt man denn nicht, dass das Ausländer sind, dass das Terroristen sind, die einen islamischen Hintergrund haben? Weil man auf der anderen Seite wieder sagt: Der Islam gehört zu Deutschland. Das finde ich nicht! Der Islam gehört nicht zu Deutschland.

(Beifall)

Alexandra Gerlach: Ich komme trotzdem noch einmal auf die Eingangsfrage zurück. Man hat trotzdem den Eindruck – Koalition hin, Koalition her – Große Koalition, wie sie jetzt ist, hat ja eigentlich jegliche Befugnis, alles durchzusetzen. Also besser ist es an sich noch nie gewesen – ich rede jetzt vom Bund.



Frank Kupfer: Ja, ich weiß, vom Bund.

Alexandra Gerlach: Ich will Sie auch nicht persönlich angreifen, ich werfe nur einen empfindlichen Blick drauf. Ich will das nur noch einmal genauer wissen, Herr Kupfer. Ich habe den Eindruck, auch wenn ich von außen blicke und auf die Nachrichten schaue, dass man viele Probleme gar nicht richtig erklärt. Die sind vielleicht auch viel zu komplex. Vielleicht gibt es dafür auch gar keine Erklärung. Ich weiß es nicht. Aber daher scheint ja irgendwie der Vertrauensverlust auch zu kommen.

Frank Kupfer: Ich würde das so nicht im Raum stehen lassen, dass wir Politik nicht richtig erklären. Wir erklären Politik schon richtig. Wenn ich in Veranstaltungen bin und den Menschen erkläre, was wir machen, dann fragen die, warum sie das nicht in der Zeitung lesen.

(Beifall)

Alexandra Gerlach: Gut. – Herr Gebhardt, Sie dazu?

Rico Gebhardt: Ich will mich eigentlich jetzt nicht mit Herrn Kupfer auseinandersetzen, aber er macht wieder genau das, was wir schon am Anfang gesagt haben: Er spielt jetzt die Journalisten gegen die Politik aus. Eigentlich haben wir alle beide ein Akzeptanzproblem. Das haben wir ja eingangs festgestellt.

Jetzt versuche ich trotzdem, Ihre Frage zu beantworten, warum die Linke, ich meine jetzt einmal die Partei DIE LINKE, keine Alternative hat zu dem derzeitigen gesellschaftlichen System. Das ist eigentlich relativ einfach zu beantworten. Wenn wir eine hätten, hätten wir sie vor 25 Jahren nicht in den Sand gesetzt, also zumindest für den Teil des Ostens.

Es gibt im Moment keine geschlossene Alternative, die DIE LINKE anzubieten hat. Das kann man auch selbstkritisch feststellen, aber es wäre, glaube ich,

auch eine Illusion zu sagen, man hätte etwas in den Schubladen fertig gehabt und es nur nicht herausgeholt oder so. Was ich feststelle, ist, dass wir es uns tatsächlich bei politischen Prozessen manchmal sehr leicht machen – bei der Politik wie dann auch in den Berichterstattungen darüber. Zwischentöne werden eigentlich oft überhaupt nicht toleriert.

Wenn wir über die Russland-und-Ukraine-Krise reden, dann haben wir ein klares Bild. Dann ist Putin der Verbrecher, und der hat die Krim annektiert. Das ist ein völkerrechtswidriger Vorgang gewesen, darüber sind wir uns sogar einig. Nur interessanterweise haben dieselben Leitjournalisten nie darüber geschrieben, dass wir schon einmal so ein Verbrechen begangen haben, nämlich gegen das Völkerrecht verstoßen haben, als wir in Serbien bombardiert haben, gegen jedes Völkerrecht. Da gibt es nur ganz wenige Berichterstattungen dazu. Zufälligerweise habe ich mich für die

heutige Veranstaltung in einem Buch informiert, wo genau das drin stand. Ganz wenige haben damals darüber berichtet. Jetzt plötzlich ist es ein Problem. Warum war es damals eigentlich kein Problem? Weil es Konsens war im Deutschen Bundestag?

Warum war es eigentlich nie ein Problem, dass wir kritische Berichterstattung in größerem Maßstab über den Afghanistaneinsatz gemacht haben? Weil eine große Mehrheit im Deutschen Bundestag dafür gewesen ist? Ja, es war nur eine ganz kleine Partei, die dagegen gewesen ist, DIE LINKE. Man muss darüber nicht berichten, das ist überhaupt gar nicht wichtig. Wir sind auf Bundesebene eine Zehn-Prozent-Partei, und trotzdem sind wir in Ostdeutschland immer der größere Anteil darin gewesen.

Doch wenn man diese kritische Äußerung gemacht hat, wird man von Fraktionskollegen aus anderen Fraktionen

sofort niedergemacht. »Ihre Meinung ist unwichtig!«, das durfte ich mir neulich im Sächsischen Landtag anhören vom Fraktionsvorsitzenden der CDU: »Sie sind unwichtig.« Ich meine, wenn wir so miteinander umgehen, müssen wir uns doch nicht wundern, dass dieser Eindruck entsteht. Hier geht es nicht um mich persönlich, mein Gott. Ich bin wirklich unwichtig. Aber es geht doch um die Art und Weise, wie wir miteinander Politik machen.

Alexandra Gerlach: Also um einen Verfall der politischen Kultur?

Rico Gebhardt: Der hat sich natürlich in den letzten Jahren tatsächlich vielleicht auch etwas zum Negativen gewandelt, um es vorsichtig auszudrücken. Ja, ich weiß nicht, womit das zusammenhängt. Ich glaube nicht, dass es mit dem zusammenhängt, was wir gerade vorhin diskutiert haben, wozu ich zumindest auch noch einen Satz sagen soll.

Die interessante These, dass immer

über Nazis berichtet worden ist, ist mittlerweile auch so eine Mär. Ich kenne niemanden, der permanent gesagt hätte, das sind Nazis auf der Straße, sondern es sind Rassisten auf der Straße. Und es ist auch Rassisten hinterhergelaufen worden. Das wissen wir heute. Das ist auch so eine Geschichte, die wir selbst erfunden haben. Die erzählen die Politikwissenschaftler, die Medien berichten darüber und stellen das dann selbst infrage.

Nennen Sie mir diese Artikel, in denen darüber geschrieben wurde, das seien Rechtsradikale, das seien ausschließlich Rechtsradikale oder Nazis.

Alexandra Gerlach: Das hat sich entwickelt.

Rico Gebhardt: Wir haben von Rassisten geredet. Heute hat es sich auch bewahrt. Und die Leute müssen anderen zugestehen, dass sie von ihnen so bezeichnet werden, wenn sie solchen Leuten hinterherlaufen. Ob das jeder





persönlich ist, ist überhaupt gar nicht die Frage. Natürlich ist das nicht jeder persönlich, der dort mitläuft, aber wenn man solchen Leuten hinterherläuft, darf auch Politik, dürfen auch Journalisten Menschen, die das machen, so bezeichnen. Das gehört auch zur Wahrheit.

Das Problem ist nur, dass die Leute, die da auf der Straße sind, immer einfordern, man möge mit ihnen reden. Wenn man versucht hat, mit ihnen zu reden, wollen sie nur ihre Position verbreiten, sie wollen nicht mit uns reden, sondern sie haben ihre Position und ...

Alexandra Gerlach: Herr Gebhardt, jetzt machen Sie mal kurz Schluss. Jetzt kommt Herr Kleditzsch an die Reihe. Dann Herr Tichy – Sie muss ich noch einmal kurz vertrösten. Herr Kleditzsch, Sie erst einmal.

Torsten Kleditzsch: Was ich verstärkt wahrnehme: Wir leiden alle zunehmend unter selektiver Wahrnehmung und ver-

allgemeinern die dann. So recht Sie haben mit der Beschreibung der Pegida-Demonstranten, so unrecht haben Sie mit der Beschreibung, was die Krim und das Kosovo betrifft. Es ist in den Medien hoch und runter die völkerrechtliche Lage analysiert worden.

Rico Gebhardt: Aber nicht bei ...

Torsten Kleditzsch: Meinen Beitrag von damals kann ich Ihnen gern noch schicken.

Rico Gebhardt: Das ist eine Ausnahme.

Torsten Kleditzsch: Nein, und jeder hier weiß, dass ich nicht eine Ausnahme bin, sondern einer von vielen. Das mag nicht schon jederzeit und sofort und immer gleich dringestanden haben und an dem Tag, als man reingeschaut hat.

Das nehme ich aber auch in der Debatte mit Lesern und Kollegen wahr. Wir haben

alle unser Weltbild und suchen verstärkt nur noch nach einer Gegeninformation, die das verstärkt. Mit vielen, mit denen man debattiert, hat man nicht das Gefühl, dass sie diskutieren wollen, sondern sie wollen Recht bekommen. Recht kann ich ihnen aber nicht immer geben, weil ich mitunter anderer Meinung bin. Dann bekomme ich auch gleich wieder mein Etikett ab.

Aber wie gesagt, wichtig ist mir, dass man auch bei dieser Debatte jetzt genauso dazu neigt, unsachlich zu verallgemeinern und in einen Mainstream zu geraten – genauso, wie man es den Medien – in Teilen auch gerechtfertigt – vorwirft.

Alexandra Gerlach: Das ist ein Tunnelblick.

Torsten Kleditzsch: Ein Tunnelblick. Und diese Mediendebatte hat im Moment schon wieder den gleichen Tunnelblick, den sie selbst thematisiert.

Alexandra Gerlach: Dann machen Sie mal einen Vorschlag, wie wir da herauskommen.

Torsten Kleditzsch: Vielleicht noch ein Wort. Sie hatten ja ursprünglich gefragt: Warum diese AfD und Pegida ausgerechnet hier? Das liegt aus meiner Sicht natürlich schon auf der Hand. Wir haben in Deutschland ein national-konservatives politisches Reservoir, das nicht abgedeckt ist. Da gibt es keine Partei, die sich dessen annimmt, da gibt es relativ wenige Medien, die dazu sozusagen als Leitmedien unterwegs wären. Dass sich da viele Bürgerinnen und Bürger nicht mehr vertreten fühlen, nicht mehr von der CDU und logischerweise von den anderen auch nicht, liegt für mich auf der Hand. Dass das jetzt erst kommt, liegt meines Erachtens daran, dass es einfach noch keine Persönlichkeit gab, keinen ordentlichen Charakter, der sozusagen die Leute hätte versammeln können. Das halte ich überhaupt nicht für schlimm, solange die sich sozu-

sagen in der AfD – bleiben wir mal bei dem Beispiel – auf einem normalen demokratischen Parkett bewegen. Dann deckt die halt auf dem rechten Flügel das ab, was DIE LINKE und die GRÜNEN Schritt für Schritt auf dem linken Flügel abgedeckt haben.

Das ist überhaupt kein Grund, sich darüber aufzuregen. Das mache ich nicht, solange sie sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen – davon gehe ich in den meisten Fällen aus. Dass es so passiert ist hier gerade in Sachsen, das hängt damit zusammen, dass der Osten noch längst nicht so verfestigt in diesen politischen Denkstrukturen ist wie Westdeutschland. Wir sind da dem Westen ein Stück weit voraus im Guten wie im Schlechten, indem wir flexibler sind. Das hat man bei der Wählerwanderung immer gesehen. Das sieht man auch dort, wo man sagt: Ich kann mich vom Alten lösen und etwas Neues akzeptieren. Deshalb haben wir einfach im Osten eine viel größere Resonanz als

in Westdeutschland. Ich glaube, das ist ein Befund, den man seit Jahren treffen kann.

Alexandra Gerlach: Der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung hat gesagt: »Hier bricht jetzt ein Gefühlsstau auf.« So hat er das eigentlich beschrieben. Man muss jetzt versuchen, die Menschen irgendwie aufzufangen, einzufangen, anzusprechen. Aber gerade das ist ja problematisch.

Torsten Kleditzsch: Wir hatten hier kein 1968. Und eines stimmt: dass die öffentliche Debatte in Deutschland – und verstärkt in Westdeutschland – natürlich von vielen geführt und gestaltet wird, die eine 68er-Biografie haben. Diese Phase hat Ostdeutschland nie durchgemacht. Vieles, was in der 68er Generation des Westens akzeptierter ist, hat man hier nach der Wende – ja, man hat es hingenommen, aber nicht wirklich für sich gelebt. Ich glaube, das spielt in dem Punkt eine Rolle.



Wenn Sie das mit Gefühlsstau beschreiben, ist das vielleicht nicht verkehrt.

Alexandra Gerlach: Herr Tichy.

Roland Tichy: Folgendes: Die Stadt Sarajevo ist an die zehn Jahre belagert worden. Die Menschen, die zum Milchholen gegangen sind, wurden von Scharfschützen erschossen. Anschließend wurden in Srebrenica 7.000 Menschen auf die grausamste Weise umgebracht. Dann hat die NATO nach zehn Jahren Debatten, UNO-Resolutionen, Hin und Her beschlossen, Belgrad zu bombardieren. Das war vielleicht verkehrt, darüber will ich mich nicht äußern. Aber es war zehn Jahre lang Debatte. Und Serbien ist auch nicht annektiert worden. Also Sie vergleichen wirklich nicht das Richtige miteinander.

(Beifall)

Es war ein schmerzhafter Prozess, die Debatte über diesen Krieg.

Was Sie, Herr Kupfer, beschreiben, finde ich sehr spannend, nämlich das Zusammenwirken von Politik und Medien. Das macht es so gefährlich. Wir können die Politik demokratisch nicht führen ohne Medien.

Frank Kupfer: Die Mindestlöhne sind ein interessantes Beispiel, und zwar einfach deswegen, weil Sie ja recht haben. Die Medien waren in der großen Mehrheit für den Mindestlohn. Die Kritiker des Mindestlohnes waren »asoziale Schweine«, also ich zum Beispiel. Ich bin oft dafür beschimpft worden. Nun habe ich gar nichts von Mindestlohn drauf und runter. Es ist übrigens auch nicht so, und das ist das Spannende dabei, dass sich die Debatte – Sie haben es ja vorgeführt – jetzt an den 8,50 Euro entzündet, sondern an diesen übermäßigen Kontrollmechanismen, die wirklich kein Mensch braucht, auch nicht die Leute, die den Mindestlohn erhalten. Da ist jetzt ein ganz seltsames Versagen sowohl des politischen Prozesses zu

beobachten als auch des Medienprozesses.

Roland Tichy: Der politische Prozess hat ein Gesetz verabschiedet, von dem er nicht wusste, was er verabschiedet, so absurd es klingt. Und eines Tages kam ein prominenter CDU-Wirtschaftspolitiker auf mich zu und sagte: »Schauen Sie mal her, so etwas Entsetzliches!«, und zählte mir eine Liste von diesen Kontrollmechanismen auf, die ich nicht beschreiben will. Ich habe die dann im Internet publiziert, und dann begann diese Kampagne. Vorher hat es niemand beschrieben. Offensichtlich haben wir eine politische Debatte, die die Gesetze nicht mehr ordentlich vorbereitet und diskutiert. Dies ist nicht der einzige Fall. Dies ist die Folge einer Großen Koalition.

Die letzte Zustimmung zu diesem Griechenland-Folgepaket ist im Deutschen Bundestag zwei Stunden debattiert worden. Ein Zig-Milliarden-Programm wird zwei Stunden debattiert. Es waren alle

dafür; der einzige Widerspruch kam vom Abgeordneten Wilsch – vier Minuten. Bei zwei Stunden Debatte vier Minuten Widerspruch. Das ist zu wenig. Da geht es nicht nur um das Gewicht des Widerspruchs – Debatte ist notwendig –, sondern es geht auch darum, in einem Gesetzgebungsvorhaben die Schwächen herauszuarbeiten. Dafür haben wir parlamentarische Beratung, um ein Gesetz durch den Fleischwolf zu drehen, und zwar mindestens fünfmal, bis wir wissen, worum es da wirklich geht. Das hat die Große Koalition versäumt. Und die Medien haben es aber auch nicht kritisiert. Das ist das Entscheidende. Wir Journalisten müssten da härter sein. Wir müssten diese Regierung schärfer kritisieren. Aber es sagen alle: »Mindestlohn ist ganz super, 8,50 Euro!« und so. Der Bundesverband der Zeitschriftenverleger hat auch etwas ganz Entsetzliches gemacht – finde ich. Der hat großartige Lobbyarbeit geleistet. Er hat es nur nicht begriffen, weil er anscheinend auch nicht so wahnsinnig intelligent ist. Er hat

nämlich Lobbyarbeit gemacht, damit ihr die 8,50 Euro zwei Jahre später bekommt. Ihr habt sie auch zwei Jahre später gekriegt. Aber euch bringen ja nicht die 8,50 Euro um, sondern die Bürokratie bringt euch um, wie Sie ja zu Recht beschrieben haben. Da sieht man schon ein Versagen – so sage ich es einmal – der Öffentlichkeit, sowohl der Politik als auch der Medien. Das ist ein Systemversagen. Wir können es uns nicht mehr lange erlauben, dass wir im Bundestag Gesetze durchwinken mit vier Minuten Gegenrede und dann im Anschluss feststellen, dass wir das so eigentlich gar nicht gewollt haben, das bringt uns jetzt alle um.

Alexandra Gerlach: Aber ist das vielleicht auch so, dass die Journalisten sich gesagt haben, vielleicht auch reflexartig, dass das nur den Unternehmer trifft, der dann eben die Dokumentation führen muss. Das trifft ja nur den Arbeitgeber, der dann die Zettel ausfüllen muss. Der Arbeitnehmer profitiert.

Roland Tichy: Ich habe jetzt meine Kollegen – es fällt mir schwer genug – hinreichend beschimpft und will das jetzt nicht noch einmal wiederholen,

Alexandra Gerlach: Wir lassen das jetzt so stehen.

Roland Tichy: – sondern das ist ja Selbstkritik. Dazu wurden wir auch aufgefordert.

Alexandra Gerlach: Also eine selektive Wahrnehmung

Roland Tichy: Es bleibt beides. Ich glaube, das politische System geht kaputt. Lassen Sie mir nur noch diesen einen Satz. Wenn die Parlamentarier nicht mehr ihren Job machen, nämlich wirklich kritisch Sachverhalte zu prüfen, und im Deutschen Bundestag – ich habe jetzt von Abgeordneten im Deutschen Bundestag geredet, der Sächsische Landtag entzieht sich meiner intimen Kenntnis, aber der Deutsche Bundestag nicht –



werden die großen Gesetze nicht mehr hinreichend genug verhandelt. Sie werden von den Journalisten nicht hinreichend abgewogen auf ihre echte Wirkung, sondern sie werden kampagnenartig unterstützt.

Frank Kupfer: Koalition. Wenn ich nur noch einmal einfügen darf: Koalition. Wir machen Koalitionsverhandlungen; dort werden die politischen Schwerpunkte der nächsten fünf Jahre verhandelt. Im Bund war das eben der Mindestlohn. Frau Nahles setzt das jetzt gnadenlos durch, mit all diesem bürokratischen Aufwand. Wir haben die Diskussion gehabt –

Alexandra Gerlach: Das Publikum ist gleich dran. Einen kleinen Moment Geduld.

Frank Kupfer: – den bürokratischen Aufwand dort zu minimieren. Es ist nicht gehört worden. Ich habe hier Gartenbauleute, Landwirte sitzen. Fragen Sie einmal nach den bürokrati-

schen Auswirkungen. Das wäre übrigens einmal eine lohnende Aufgabe für die Journalisten; nicht jetzt den 8,50-Euro-Mindestlohn zu bejubeln, sondern die bürokratischen Auswirkungen mal zu beleuchten, kritisch zu hinterfragen, damit der Bund dabei vielleicht zum Umdenken kommt.

Alexandra Gerlach: Frau Wille, jetzt sind Sie endlich dran. Dieser Vorwurf des Systemversagens trifft ja den MDR auch. Wie gehen Sie jetzt damit um? – Das ist jetzt gemein, nicht?

Prof. Dr. Karola Wille: Ich bin jetzt am Grübeln, wie wir das diskutieren; ob wir der Problemschwere adäquat gemäß unterwegs sind.

Alexandra Gerlach: Ich fand diesen Vorwurf schon ziemlich schwer.

Prof. Dr. Karola Wille: Ich habe das Gefühl, wir sind schon wieder in dieser Schulddebatte.

Alexandra Gerlach: Nein, wir wollen jetzt nach vorn sehen. Wir wollen jetzt wissen – es ist ja sehr schön analysiert worden, was schiefgelaufen ist – wie man reagieren könnte, um sozusagen den Karren aus dem Dreck zu ziehen und dem Ganzen eine neue Richtung zu geben. Es geht ja um die Glaubwürdigkeit der Presse. Davon sind Sie jetzt ein Teil, Herr Kleditzsch ist ein Teil, der schon beschrieben hat, wie er es macht, versucht, offensiv auf Bürger zuzugehen, in den Kontakt zu kommen. Was kann jetzt einer wie der MDR machen?

Prof. Dr. Karola Wille: Als die Kollegen Ende vergangenen Jahres, zu Beginn dieses Jahres konfrontiert wurden mit diesen Dingen, habe ich auch die Betroffenheit der Kollegen gemerkt.

Alexandra Gerlach: Pegida meinen Sie?

Prof. Dr. Karola Wille: Pegida beispielsweise hier in Dresden. Darauf habe ich gesagt: Unsere Antwort auf all

diese Dinge muss guter Journalismus sein. Das ist unsere Antwort, die wir dort geben müssen. Dazu gehört eine ausgewogene Berichterstattung, dazu gehört Differenziertheit, dazu gehören Unabhängigkeit, Distanz zu den Dingen und dazu gehört, Tatsachenbehauptung von Meinungsäußerung zu trennen. Wir haben uns beispielsweise sehr gefreut, als wir in dieser sehr angespannten Situation mit dieser »Fakt ist«-Sendung zu Beginn des Jahres, wo wir durchaus das ganz unterschiedliche Meinungsspektrum in der Sendung hatten und auch eine differenzierte Sichtweise auf das Phänomen Pegida dargestellt haben – es waren z.B. Frank Richter eingeladen, es war Frau Hermenau eingeladen –, dass wir danach über das Internet durchaus positives Feedback bekommen haben. Das war ein Beispiel für eine differenzierte Darlegung der Dinge. Das ist unsere Antwort darauf.

Das wird in dieser Internetwelt sicherlich nicht ausreichen. Das muss weitergehen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir mit diesen neuen Herausforderungen in dieser Internetwelt umgehen. Ich glaube, es wird ganz entscheidend sein, dass wir unsere Fähigkeit zum Dialog, zur Selbstreflexion und zum Zuschauerdialog weiterentwickeln und ausbauen. Denn wir haben gelernt – beispielsweise bei ARD Aktuell –, dass die Leute täglich bis zu 2 000 Kommentierungen bekommen. Zu den Möglichkeiten, dass man jetzt Inhalte kommentieren kann. 2 000 Kommentierungen am Tag, 500 E-Mails am Tag. Das zeigt auch die Dimension, mit der wir jetzt konfrontiert werden. Dort ist aber auch ganz viel Chance drin. Dazu gehören Zuhören, Erklären, auch Einräumen, dass bestimmte Dinge einmal nicht richtig gelaufen sind. Diese Fähigkeit zur Selbstreflexion und zum Dialog mit dem Zuschauer, mit dem Publikum – dazu gibt uns diese Internetwelt viele Möglichkeiten in die Hand.

Letztes Stichwort: Man kann nicht nur eine Antwort finden, wie man da wieder herauskommt. Dazu gehört viel – bis hin zum Thema Medienkompetenz, das mich bewegt. Wie schaffen wir es, dass die jungen Leute, dass die Bürger im Lande unterscheiden können, was Qualitätsmedien sind, auf die man sich verlassen kann. Wie schafft man das? Wie vermittelt man das? Dazu sind auch wir als öffentlich-rechtlicher Rundfunk aufgefordert. Da haben wir noch lange nicht alle Antworten gefunden.

Alexandra Gerlach: Es ist mein Eindruck, dass gerade die Digitalisierung und die neuen Medien auch die Schnelligkeit unheimlich heraufsetzen, die den Journalisten heute abverlangt wird, wie schnell sie Ereignisse umsetzen müssen, wiedergeben müssen in eigenen Worten, schildern müssen. Das ist zum Teil fast unmenschlich, was da verlangt wird. Bleibt da auch manchmal die Sorgfalt auf der Strecke?



Prof. Dr. Karola Wille: Sie darf es nicht. Weil wir genau dann mit diesen Effekten zu tun haben, die wir jetzt gerade zu Beginn diskutiert haben. Wir müssen über Sicherungsmechanismen nachdenken. Wir müssen über Ressourcenlenkung nachdenken. Sie hatten ja die Frage gestellt, wie der MDR Antworten findet, wenn so viele Wege jetzt zu bedienen sind.

Wir sind beispielsweise dabei, in der Tat neue Strukturen im Hause zu schaffen, wo wir die Hörfunk-, die Fernseh- und die Online-Kollegen in einer Struktureinheit zusammenführen, wo gemeinsam geplant, gemeinsam recherchiert wird, dass wir unsere Ressourcen noch besser nutzen und die Inhalte dahin geben zu den Nutzern, wo sie es zu einem bestimmten Zeitpunkt auf einem bestimmten Weg auch erwarten. Die Leute erwarten eben, dass man am Morgen auch entsprechend informiert ist oder dass man zu später Stunde noch einmal aktuelle Nachrichten bekommt,

die seriös, verlässlich, sauber recherchiert sind und zu denen man sagen kann, dass sie guter Journalismus sind.

Alexandra Gerlach: Herr Kleditzsch, was glauben Sie? Welche Rolle spielt dieser Faktor Zeit in der digitalisierten Welt?

Torsten Kleditzsch: Medienkompetenz ist ganz wichtig. Man muss einfach als User seine Erfahrung machen, ein gewisses Wissen sammeln. Eine Ad-hoc-Meldung unmittelbar nach dem Ereignis kann natürlich nicht die Rechartiefe der Analyse des nächsten Tages haben. Trotzdem wird sie genauso erwartet. Wir wissen heute alle aus unserer Medienutzung, dass wir zwar gern darüber klagen, wenn der Beitrag noch nicht so rund ist, aber wir wollen schon, dass wir spätestens drei Minuten nach Schluss des Ereignisses die erste Information über die digitalen Kanäle haben. Das liegt doch auf der Hand, dass da noch nicht alle Seiten befragt worden sein

können. Das geht einfach nicht. Sonst wüssten wir ja von dem Ergebnis vorher. Das tun wir nicht, das kann ich hier versichern.

(Heiterkeit)

Also muss man auch wissen, wie man Zeitungen und Medien nutzt. Was wir auch immer wieder merken: Viele Leute glauben leider, dass die Überschrift den Rest der Information schon ersetzen, kompensieren kann, und bilden sich sozusagen aus der Überschrift, aus dem Teaser ihre Meinung. Um die Sachen zu verstehen, muss man schon auch mal ein Stück länger lesen, und das sind nach wie vor die Tageszeitungen oder halt die politischen Magazine, wenn ich es jetzt auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk übertrage, die das dann auch bringen. Die Angebote sind da. Man muss sie aber auch nutzen wollen. Allein von der Twitter-Nachricht wird man die Zusammenhänge nicht verstehen. Das muss ich leider zugeben.

Alexandra Gerlach: Meine Damen und Herren! Ich lade Sie jetzt herzlich ein, sich mit zu beteiligen. Es gibt dort ein Mikrofon. Wenn jemand eine Frage stellen möchte: Ich würde Sie bitten, dass Sie wirklich eine Frage stellen, kein Koreferat halten, und kurz sagen, wer Sie sind und welchen Hintergrund Sie haben, also ob Sie Professor sind oder Lehrer oder Student oder einfach so da sind, weil Sie das heute interessant finden – das wäre für uns interessant zu wissen – und dann konkret sagen, an wen Sie die Frage richten möchten.

Sie sind dran. Ist schon jemand bereit oder noch nicht? – Ja, bitte schön.

Dietmar Lohmann: Ich könnte jetzt verschiedene Adressen nennen. Das mache ich nicht. Ich bin heute einmal hier als Lehrer – das haben Sie gesagt. Ich betreibe Bildung von Schülern bis zu Unternehmen, Drittweltländern, Leuten – ich sage mal diesen Kurzbegriff –

auf allen Ebenen. Ich möchte eigentlich an alle die Frage stellen: Überschätzen Sie nicht den Empfänger, die Antenne, über die wir viel geredet haben? Qualitätsjournalismus ist wichtig. Ich glaube, das ist Daseinsvorsorge, definitiv. Aber aus meinen Erfahrungen über Bildung bin ich fest überzeugt, dass die Mehrheit der Menschen von diesem Gradienten der Menschen von diesem Gradienten gekoppelt ist, nicht mehr in der Lage ist, die Komplexität zu begreifen, der wir ausgeliefert sind zwischen Wissenschaft und Politik. Das ist ja alles sehr vernetzt. Das ist ja auch angeklungen.

Meine Frage lautet konkret: Gibt es eine Chance, die Leute wieder herauszuholen, die aufgrund von Bildungsdefiziten nicht mehr in der Lage sind zu begreifen, was überhaupt vor sich geht? Ein letzter Satz – lachen Sie bitte nicht. Ich habe jüngst nur eine kleine Umfrage gemacht: Wir schaffen die Schwerkraft ab. Ich erspare Ihnen die Antwort.

(Heiterkeit)

Alexandra Gerlach: Gut. Wer möchte antworten? – Herr Kleditzsch, fangen Sie an?

Torsten Kleditzsch: Eine der Grundaufgaben für den Journalismus ist es, zu vereinfachen. Das wird für uns manchmal zum Problem, aber wir müssen gewisse Themen natürlich vereinfachen, damit wir die gesellschaftliche Debatte überhaupt ermöglichen können. Das ist bei populärwissenschaftlichen Themen so, bei politischen Themen so – das ist ein Teil unseres Auftrages. Aber – und dort kommen wir sicherlich an unsere Grenze: Wenn beim Empfänger nicht eine gewisse kognitive Fähigkeit vorhanden ist, auch längere Texte, Sendungen etc. aufzunehmen, dann können wir auch nichts machen. Das ist dann auch nicht Auftrag des Journalismus, diese Fähigkeiten wiederherzustellen.



Ein Kollege der »New York Times« hat vor ein paar Wochen den Satz geprägt, sie hätten jetzt Ein-Satz-Stories entwickelt, die wunderbar liefen über das Internet. Es mag sein, dass das in New York funktioniert, ich glaube aber nicht, dass das dieses Problem lösen würde. Wie gesagt, eine gewisse kognitive Fähigkeit – ich kenne die ganzen Probleme, dass die Schülerinnen und Schüler in der Tat Probleme haben, lange Texte noch im Kontext zu verstehen – ist für uns ein gravierendes Empfängerproblem, auf das wir selbst kaum Einfluss haben. Wenn es darum geht, wie wir unsere Arbeit, unser Angebot verbessern können: Das haben wir selbst in der Hand. Aber wir haben es nicht in der Hand, inwieweit digitale Nutzung von Medien, generell die Art und Weise, sich heute hauptsächlich über audiovisuelle Angebote Wissen anzueignen, über die Wahrnehmungs- und Verständniskompetenz Einfluss hat auf zukünftige Klientel. Das haben wir leider nicht in der Hand, deshalb ist das blöd.

Alexandra Gerlach: Ich habe jetzt Frau Hermenau.

Antje Hermenau: Guten Tag an das Podium. Mein Name ist Antje Hermenau. Ich war lange in der Politik und versuche mich jetzt im Unternehmertum, damit vielleicht auch die Reputation der Wirtschaft wieder nach oben geht, was ich gut fände; die hat nämlich auch eine schlechte Reputation.

Sie haben, Herr Tichy, etwas zur Konformität gesagt und dies auch ein bisschen fragend ausgeführt. Ich habe Fragen dazu. Die Frage, warum wir diesen Hang haben zur Konformität. Das ist ja nicht nur ein ostdeutsches Phänomen, das wäre ja falsch. Aus meiner Sicht ist es das nicht. Sie haben selbst den Bogen geschlagen zur angelsächsischen Diskussionskultur, zumindest zur Presselandschaft im angelsächsischen Raum. Ich arbeite seit zwei Jahrzehnten mit den Briten sehr eng zusammen, und mir ist aufgefallen, deswegen frage ich Sie:

Kann es sein, dass wir nicht so diskutieren können wie die Briten? Also die Meinung des anderen stehen zu lassen, den schwierigen Sachstand nach der Debatte mit einem Witz zu beenden und vielleicht auch die eigene Meinung ausführlich und gut zu begründen. Das wäre so eine Beobachtung. Deshalb würde ich gern dazu Ihre Meinung hören.

Dann möchte ich in diesem Zusammenhang gern wissen, ob denn jetzt nicht viele Menschen einen Verlust an Normalität spüren. Entschuldigen Sie, es wird umfangreicher. – Angelsächsische Diskussionskultur, also eigene Meinung gut begründen, ich habe es mir aufgeschrieben, das ist ein Vorteil, mit einem Witz beenden und die andere Meinung aushalten. Diese drei Punkte sind mir aufgefallen. Der Verlust der Normalität, den ganz viele Menschen im Lande jetzt spüren – übrigens die sogenannte Mehrheitsgemeinschaft, nicht die diskriminierten Minderheiten, die sich dauernd zu Wort äußern: Ist das Leben noch so,

wie es althergebracht war, oder wird es anders? Durch das Internet haben Sie selbst Fragen aufgeworfen zur Vereinzelung von meinungsbildenden Gruppen oder Ähnlichem. Macht die nicht ein Zuordnungsdefizit? Und sind die Leute darauf nicht vorbereitet? – Dies ist meine Frage.

Dasselbe trifft das Problem mit der Flüchtigkeit in der Politik und den Medien. Die ist ja leicht entlarvbar, weil Leute sich mitunter mit ganz viel Zeit ins Internet hineinbegeben, am Computer sitzen, tagelang, bis sie herausgefunden haben, wo die geschlampt haben – Entschuldigung, den Ausdruck meine ich nicht persönlich böse –, aber wo eben dann der Fehler ist oder wo sie meinen, den Fehler gefunden zu haben. Manchmal ist es auch nur eine Meinung. Aber ist es eben nicht sehr gut entlarvbar in einer Zeit, in der nicht nur die Mönche lesen und schreiben können, wenn in der Politik und in den Medien nicht gründlich gearbeitet wird?

Wenn Sie von diesem Hang nach Konformität nach außen sprechen, wage ich die Frage aufzuwerfen, ob denn diese Konformität im Inneren nicht besteht und man es nur herausfinden könnte als interessierter Medienvertreter oder Politiker, wenn man Volksentscheide zuließe. Vielen Dank.

Alexandra Gerlach: Gut.

Roland Tichy: Ich finde, dass die Konformität unter Journalisten daher rührt – auf lokaler Ebene mag es ja anders sein –, dass sie sich zu sehr an Leitmeinungen orientieren und dass sie eigentlich sich selbst aus einem bestimmten Milieu rekrutieren. Das ist immer so: Die Pfarrerkinder werden immer Pfarrer und die Lehrerkinder immer Lehrer und die Ärztekinder immer Ärzte. Das ist auch in Ordnung, da weiß man wenigstens, was auf einen zukommt. Auch das Journalistenmilieu rekrutiert sich selbst. Da wäre eine gewisse Durchlüftung schon einmal richtig gut. Es ist natürlich klar, dass es

eine rot-grün geprägte Mehrheitstruppe ist, also 70 Prozent geben als Partei die SPD, GRÜNE oder LINKE an, acht Prozent immerhin noch CDU und zwei Prozent FDP. Das wird sich jetzt nicht eins zu eins abbilden, aber die Überzeugung, die ich habe, die kann ich nicht immer verstecken. Das ist auch gut so. Ich glaube, da muss etwas geschehen. Sie haben ja die einseitige Berichterstattung über Mindestlohn erwähnt.

Zum Angelsächsischen: Ich glaube, der Fehler in Deutschland ist, dass wir immer die Wahrheit suchen. Ich habe das ja am Anfang zu ironisieren versucht. Eine Debattenkultur ist, dass man den Schülern beibringt: Wir diskutieren. Du bist für Mindestlohn und du bist gegen Mindestlohn und anschließend machen wir es umgekehrt. Ein prozessuales Verständnis, das sagt, wenn wir jetzt hart diskutieren, dann werden da Argumente entstehen, die uns alle weiterbringen. Das haben wir nicht so gerne in Deutschland, wir sind eher



so faustisch, also: Ein für allemal, hundertprozentig, Ende, Deckel zu! Da stehen wir uns ein bisschen im Wege. Wenn Sie sagen, wie es war bei den Mönchen: Ich würde Sie gern mitnehmen auf eine Reise, dass wir endlich einmal aufhören – das gilt auch für Ihre Frage, Herr Lohmann –, das alte Medienverhalten zu transportieren. Früher hatte der Journalist zwei Monopolsituationen: Eine dpa-Meldung und ein Archiv. Also über dpa kam irgendeine Meldung, du bist ins Archiv gegangen und hast die Hintergründe dazu ein bisschen erfahren, hast noch einen angerufen, und dann war die Geschichte fertig, und das staunende Publikum war sehr beeindruckt, was du da so alles kannst. Diese Archive und dpa gibt es eben nicht, wir haben es alle. Das verändert das. Das macht Journalisten unsicher. Wissen Sie, auf Twitter, da geht es schon. Also ich benenne einmal einen ganz einfachen Sachverhalt: »Piëch gefeuert«. Jetzt von etwa 140 auf 14 Zeichen verkürzt, aber für die Debatte

reicht es. Dann wissen die Leute schon den Kern der Nachricht. Anschließend, Sie glauben gar nicht, können die Leute auch schon googlen, übrigens besser als die meisten Journalisten.

(Heiterkeit)

Den Rest holen die sich dazu. Wer ist dieser Piëch? Woher kommt der? Wie viel gehört dem? Was hat der sonst gemacht? usw. usw. Das heißt, das Wissen ist sehr viel breiter geworden, und dann muss man schon gut sein. Ich glaube übrigens, wenn Sie im Lokalbereich etwas anbieten, dann gehen die Leute auch hin. Aber das allermeiste, was auch in sehr stolzen Tageszeitungen unter Wirtschaft und Politik verteilt wird, ist zu alt. Es ist das gedruckte Internet von gestern. Das habe ich schon. Leute, vergesst es! Diese Zeitung wird es nicht mehr geben in Zukunft. Ich kann es nicht kritisieren. Wie gesagt: Es wird zurückgeschrieben, und die Leute kontrollieren mich. Das geht mir auch so.

Leute können heute Faktenkontrolle durchführen, dafür brauchte man früher riesige Abteilungen, die jede gute Redaktion hatte, die das kontrolliert haben, Fakten checken. Das machen die Leute heute da draußen. Die Frage ist, wie man damit umgeht. Journalisten haben in den alten Medien häufig Angst davor. Jetzt schreiben die Leute: Wie entsetzlich! Die »Süddeutsche Zeitung« hat die Anzahl der Kommentare begrenzt. Ich halte es für bescheuert. In dieser Mindestlohndebatte – lassen Sie mich das ganz praktisch sagen – habe ich so in etwa begriffen, was das für eine Bürokratie ist. Ich habe einen entsprechenden Artikel geschrieben. Dann haben mich ungefähr 50 Juristen zerfetzt, weil ich nicht jeden Aspekt berücksichtigt hatte, weil ich auch Fehler drin hatte, weil es in der Tat rechtlich sehr komplex ist, und ich kann den Deutschen Bundestag in meiner Person noch nicht ganz ersetzen.

– Spaß beiseite. –

Aber das Wertvolle ist doch, dass man sich das Wissen der Leute auch zunutze machen kann, das auf einen zukommt. Die Leute da draußen werden nicht dümmer, die werden ständig klüger. Ich bin nicht der Meinung, dass die Menschheit verdimmt. Die haben heute andere Zugangsmöglichkeiten und sind sehr raffiniert und klug und holen sich zusammen, was sie wollen. Das macht die Arbeit für Journalisten, die so Standardgeschichten machen, höllisch schwer. Die Standardgeschichte braucht kein Mensch mehr. Das schreiben sich nämlich die Leute selbst, und sie bekommen es ständig von allen Seiten. Du kannst ja heute einer Nachricht gar nicht mehr entgehen. Die Zeit, wo du auf 20:00 Uhr gewartet hast, die gibt es doch nicht mehr. Es ist alles ständig zur Verfügung in einer Tiefe, die man sich vor zehn Jahren noch gar nicht vorstellen konnte.

Als ich vor 15 Jahren freier Journalist war, habe ich darunter gelitten, dass ich kein

Archiv hatte. Ich habe auf Knien gebeten, in ein Funkhaus eingelassen zu werden, damit ich da auch irgendwie in diesen Keller darf, wo dann die Hintergründe lagern. Heute brauche ich das nicht, geschenkt, abgeschafft, Schluss. Ich finde es toll, großartig.

Bei den Minderheiten kommen wir auf ein Thema, über das ich mir noch nicht so ganz klar bin. Es ist eines der schwersten, das wir politisch im Augenblick verhandeln müssen. Das hat zunächst wenig mit Medien zu tun, sondern wir haben einen Trend, dass sich Minderheiten völlig unterschiedlicher Ebenen miteinander identifizieren und die Mehrheit unter Druck setzen und die Mehrheit sich nicht mehr wehrt. Die Minderheit hat immer recht, weil Sie diskriminieren, wenn Sie sich dagegen wehren. Der Vorwurf, irgendjemanden zu diskriminieren, ist Ihr Todesurteil. Es ist völlig egal, wen Sie gerade diskriminieren. Ich nenne jetzt bewusst keine Gruppen, sonst bin ich ja schon am

Ende. Ich habe es ja in meinem Vortrag so aufzubauen versucht. Schauen Sie: Ein ganz schmerzhaftes Thema ist die Pädophilendebatte bei den GRÜNEN. Man fasst sich an den Kopf, aber es ist passiert. Wenn ich Minderheiten schütze, jede Minderheit schütze, jeden Knacki liebe, liebe ich auch den Päderasten und schütze ihn vor der Verfolgung. Das ist passiert. Diese Minderheit hat sich mit anderen solidarisiert, um ihre Interessen durchzusetzen. Das ist ein grauenhaftes Schicksal, was sich da jetzt offenbart, weil es nicht das Vergehen Einzelner ist – das ist schlimm genug –, aber Vergehen gibt es in jeder gesellschaftlichen Gruppe. Es ist dieses Schützen, das Nichterkennenwollen, dass eine bestimmte Minderheit nicht schutzwürdig ist, sondern eine andere, nämlich die der kleinen Jungs.

(Starker Beifall)

Alexandra Gerlach: Ich habe gleich noch eine Wortmeldung. Aber ganz kurz an



Herrn Dietmann die Frage: Es war je gerade sehr interessant, dass Herr Tichy sagte, die Zeitung, so wie sie jetzt gemacht wird, ist eigentlich ein Modell von gestern. Haben Sie eigentlich schon einen Entwurf im Kopf, wie man eine Zeitung machen könnte, die so weit schon vorausdenkt, dass sie wieder so interessant ist, dass die Leute sie kaufen müssen, dass dann das Internet auf Ihre Zeitung reagiert?

Carsten Dietmann: Nein, wenn wir das hätten, dann wären wir wahrscheinlich ...

Alexandra Gerlach: Aber das wäre es doch. Damit könnten Sie Geld verdienen!

Carsten Dietmann: Genau. Also, die Idee, darüber nachzudenken, ist natürlich ehrenhaft, und das sollten wir auch auf jeden Fall tun. Herr Tichy hat ja auch schon irgendwo eine Antwort in einem Nebensatz verbaut, die für uns ganz wichtig ist: Das ist das Lokale, also die Nachricht von nebenan. Es ist einfach

so, dass das Überregionale und die Politik natürlich die Dinge sind, die man überall nachlesen kann. Meiner Meinung nach ist das übrigens auch ein Grund für Mainstream, weil, wenn sich dazu schon sieben oder acht mehr oder weniger renommierte Journalisten geäußert haben, wird sich im Zweifelsfalle der Politikredakteur einer Regionalzeitung nicht dagegen auflehnen und sagen, dass er das ganz anders sieht. Er wird vielleicht auch den Weg des geringsten Widerstandes gehen und sich dieser Meinung anschließen.

Da, wo wir wirklich noch eigene Nachrichten produzieren, das ist im Lokalen, das ist natürlich im Bereich Stadtrat und Stadtpolitik und teilweise eben Landespolitik, aber das sind natürlich auch Nachbarschaftsstreitigkeiten und solche Geschichten. Ich glaube, dahinein müssen wir mehr Kraft legen.

Ob wir dem Leser dieses Überregionale gleichzeitig nehmen können, darin sind

wir uns noch nicht so richtig sicher, weil wir auch immer messen, was gelesen und was nicht gelesen wird. Wir merken natürlich, dass die Leute schon die Bestätigung brauchen, was denn gestern wichtig war. Ich kann jetzt den Flugzeugabsturz nicht aus der Zeitung herauslassen und erzählen, dass im Stadtrat irgendeine Entscheidung gefallen ist. Das brauchen die Menschen schon zur Einordnung.

Ob die Zeitung von morgen oder von übermorgen ganz anders aussehen wird, vielleicht nur noch lokal ist und dann im Internet ist, mag sein, aber wir sind noch nicht so weit. Man darf bei dieser ganzen Debatte eines nicht vergessen: Wir erreichen mit der Printzeitung immer noch mehr als jeden dritten Haushalt. Das ist natürlich eine immense Menge, die wir noch erreichen. Tendenziell ältere Leute, ja, das tut Mercedes mit seiner S-Klasse auch. Es ist jetzt nicht grundsätzlich schlimm, in diese Zielgruppe hinein zu agieren, es ist eher für uns

natürlich die Frage, was mit den Jungen passiert, wenn sie in diese Zielgruppe hineinkommen. Sind sie dann eigentlich so internetaffin, dass sie nie mehr Print lesen, oder wie verhalten sie sich?

Wir kommen eigentlich von einer sehr komfortablen Situation, müssen aber diesen Generationswechsel irgendwie meistern.

Es stellt sich ja die Frage: Wenn die Tageszeitungen mit diesem Modell tatsächlich am Ende sind und man im Digitalen keine Möglichkeit findet, damit Geld zu verdienen – woher kommen dann noch die Inhalte, die momentan noch das Netz füllen? Diese Zahlen von 90 Prozent stammen aus einer Umfrage von Miriam Meckel, die sie vor ein paar Jahren einmal gemacht hat. Gut, das ist jetzt drei, vier Jahre her. Der Ursprung der Nachrichten, die im Netz verhandelt werden, stammen zu 90 Prozent von den traditionellen Medien im politischen, im informativen Bereich.

Wenn das so ist, woher kommen dann noch die restlichen Inhalte? Sind das dann nur noch Betrachtungen über, wo sind denn die Fakten? Oder ist das nur noch die Tagesschau, die dann übrig bleibt, weil sie gebührenfinanziert ist? Oder der »Spiegel«, weil es die einzige Internetmarke ist, die sich selbst trägt?

Also ein Gewinn wäre das – glaube ich – nicht.

Alexandra Gerlach: Gut.

Roland Tichy: Ich halte diese Untersuchungen für Kappes, unter uns gesagt, weil sie völlig unterschätzen, dass die Nachrichtenquellen sehr vielfältig sind. Wenn mir die Lufthansa mitteilt, dass ihr Germanwingsflug abgestürzt ist, brauche ich dazwischen keine Zeitung, da habe ich die Originalquelle auch schon. Also es war auch kein Reporter Ihrer sehr geschätzten Zeitung in den französischen Alpen und hat den Absturz beobachtet. Das konnte er ja

nicht, das werfe ich ihm nicht vor. Diese Meldung über den Absturz ist aus den ganz üblichen Quellen herumgelaufen, zunächst von der Polizei, von den Flugsicherheitsbehörden, von den Staatsanwälten usw. – das ist alles öffentlich. Da brauche ich keinen Journalisten mehr dazwischen. Das ist das, was ich zu vermitteln versuche.

Mir hat kürzlich – ich weiß nicht, wie es in Sachsen ist – in Niedersachsen allerdings jemand gesagt, er habe zu seinem Entsetzen festgestellt, dass die Polizei sämtliche Polizeiberichte ohnehin ins Netz stellt und dass die sich nicht wesentlich unterscheiden von dem, was in der Tageszeitung ist. Da weiß ich an der Stelle nicht, wozu ich das dann auf Papier brauche, wenn ich es dort haben kann. An der Stelle ist doch das eigentliche Problem, dass Zeitungen gut davon gelebt haben, dass sie bezahlte Informationen verkauft haben. Todesanzeigen, ja. Meine Mutter hat die Zeitung immer wegen der Todesanzeigen gelesen. Mein



Vater hat die »FAZ« immer gelesen wegen ihres wunderbaren Stellenanzeigenteiles, weil er dann wusste, was da so geht. Es ist für uns Journalisten fürchterlich schwer zu akzeptieren, dass wir so selten wegen unserer Leitartikel gelesen werden.

(Heiterkeit)

Alexandra Gerlach: Ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen. Ich schaue mal auf die Uhr. Ich habe jetzt die Mikrofone schon besetzt, aber Sie sind dann sofort an der Reihe. Mir fällt jetzt Ihr Name nicht mehr ein, es ist wirklich nicht zu fassen.

Peter Tegethoff: Mein Name ist Peter Tegethoff. Ich bin Steuerberater. Ich möchte Sie auch jetzt nicht mit dem Mindestlohn konfrontieren, aber an Herrn Kupfer hätte ich dann doch einmal die eine oder andere Frage oder auch an den anderen Politiker.

Ihnen fehlt manchmal – glaube ich – das Rückgrat. Sie sagen gerade: Wir haben gegen den Mindestlohn gekämpft. Aber Sie sind doch nicht der Juniorpartner, sondern die CDU ist doch eigentlich die Partei, die die Wahl gewonnen hat, und die SPD ist der Juniorpartner. Jetzt stellt sich mir die Frage, nachdem der Mindestlohn debattiert worden ist und wir als Steuerberaterkammer die Anfrage von Frau Nahles auch hatten, was man denn am Mindestlohn ändern kann. Da gab es zunächst nur einen einzigen Vorschlag. Weil der Zoll ja prüft, hat man die Frage gestellt, ob man bei den Prüfungen, die auch ein Sozialversicherungsträger machen könnte, den Zoll nicht mit dem Fahrzeug vorfahren lässt wie bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit. Da steigen die Zollbeamten ja mit voller Montur aus und bewaffnet und gehen dann vier oder sechs Stunden oder auch länger prüfen. Das ist für den Unternehmer in einer gewissen Weise eine Belastung, weil die Arbeitnehmer sich plötzlich bedroht fühlen und auch

die Bürger, die drumherum stehen und das sehen, dass dieser böse Unternehmer wahrscheinlich etwas mit Schwarzarbeit zu tun hat. Frau Nahles antwortete: »Das ist politisch gewollt. Der Bürger soll sehen, dass wir nachhaltig die Schwarzarbeit bekämpfen.«

Wir – damit meine ich alle Steuerberater und nicht mich persönlich – haben unsere Mandanten zum Mindestlohn beraten. Es gibt wenige, die unterhalb des Mindestlohnes Lohn gezahlt haben. Der Mindestlohn ist eine Belastung deswegen, weil er von unten nach oben die Löhne drückt und diejenigen, die am Weltmarkt unterwegs sind, einfach ein Konkurrenzproblem haben. Das muss man an der Stelle einfach sehen. Trotzdem denke ich, dass auch vonseiten der CDU einfach einmal nur Rückgrat gezeigt werden sollte, da die CDU eigentlich die Partei ist, die dem Unternehmer den Rücken stärkt. Das Gefühl habe ich persönlich nicht und viele unserer Kunden und viele Berufsträger auch nicht

mehr. Deshalb an Sie die Frage: Warum zeigen Sie als Politiker oder Sie von den LINKEN nicht einfach einmal Rückgrat, wenn solche Gesetze im Bundestag verabschiedet werden? Das ist meine Frage an Sie.

Alexandra Gerlach: Danke.

Frank Kupfer: Das lässt sich relativ einfach beantworten. Ich habe es ja auch schon gesagt. Herr Tillich, unser Ministerpräsident, war der Letzte innerhalb der Union, der sich gegen die Einführung des Mindestlohnes ausgesprochen hat. Wir haben es in Sachsen gemacht, aber wir sind in Sachsen nicht verantwortlich für ganz Deutschland. Wir können nur das, wofür wir Verantwortung haben, ordentlich machen, und das machen wir, denke ich, auch.

Peter Tegethoff: Man muss doch auch beim Mindestlohn dagegen kämpfen, aber es gab gar keine oder kaum eine Debatte.

Frank Kupfer: Es gab eine Debatte, es gab viele Debatten.

Peter Tegethoff: Es wird in der Politik vieles hingenommen, und ich glaube, dass die Politiker insgesamt, die ganze Kaste, damit nehme ich niemanden aus, so weit weg sind von den Bürgern, dass sie gar nicht mehr wissen, wie der Bürger tickt, und deswegen haben Sie auch solche Probleme mit der Glaubwürdigkeit.

Alexandra Gerlach: Wollen Sie noch etwas darauf antworten?

Frank Kupfer: Ja, ich wollte nur noch einmal sagen, dass wir als Sächsische Union das gemacht haben. Unser Ministerpräsident und Landesvorsitzender hat bis zum Schluss gegen den Mindestlohn gekämpft. Er hat in Talkshows gesessen zusammen mit Wirtschaftsvertretern, die ihn dann auch nicht unterstützt haben. Er stand wirklich allein da, nicht einmal von der Wirtschaft, geschweige

denn von der eigenen Partei auf Bundesebene ist er unterstützt worden. Er hat es getan. Sie können Tillich nicht vorwerfen, dass er kein Rückgrat hat in der Sächsischen Union.

Alexandra Gerlach: Ich würde jetzt vorschlagen, dass wir das vielleicht in den nächsten Teil des Abends vertagen – in den bilateralen Bereich.

Frank Kupfer: Wir können darüber reden.

Alexandra Gerlach: Entschuldigung, Herr Gebhardt, es kommt noch eine Antwort.

Rico Gebhardt: Ich bin ja gefragt worden: die zwei Politiker. Wir haben immer Rückgrat bewiesen, wir haben schon 2002 gesagt, dass wir den Mindestlohn einführen wollen, übrigens damals gegen viele Widerstände aus den Parteien, die jetzt auch mit zugestimmt haben. Es war ja nicht nur die CDU, es war auch die SPD, die zugestimmt hat.



Interessant finde ich ja bei Ihrer Betrachtung, dass wir als Deutsche tatsächlich manchmal etwas auch sehr selektiv wahrnehmen. Warum kommt denn eigentlich der Zoll und prüft beim Mindestlohn? Und warum kommen die manchmal mit Maschinenpistolen? Weil sie beim Bau erleben mussten, dass sie angegriffen worden sind. Was macht Politik? Sie schützt die Leute vom Zoll. Dafür haben wir auch eine Verantwortung. Jetzt passiert natürlich Folgendes, und das ist tatsächlich kurios: Jetzt kommen dieselben Leute mit ihren Maschinenpistolen, mit ihren schwarzen Uniformen und gehen in den nächsten Laden hinein – beim Bäcker oder bei der Dehoga – das ist natürlich gruselig. Das war auch nie von jemandem gewollt, aber es war immer auch die Sicherheit der Leute, die wir schützen sollten. Wir müssen natürlich die ganze Geschichte dazu erzählen.

Letztendlich, wenn wir mal ehrlich sind: Die Steuerberatungsfirmen haben doch

etwas Gutes davon – oder? Ich meine, da sind wir Deutschen doch gut dabei, dass Sie, Ihre Firmen, ein Teil sind, die eigentlich etwas Gutes davon haben, daran verdienen. Also, Sie sollten mal nicht so tun, als wenn Ihnen jetzt die Politik keine Arbeit verschafft hätte.

Peter Tegethoff: Nein, das kann ich so nicht stehen lassen. Wir haben davon überhaupt nichts Gutes. Ich wüsste nicht, an welcher Stelle wir etwas Gutes davon hätten.

Rico Gebhardt: Sie haben ganz viele Beratungsleistungen erbracht in den letzten Monaten.

Peter Tegethoff: Das haben sie uns zwangsweise aufgebürdet. Das ist richtig. Aber wir könnten unsere Zeit auch anders verbringen. Das können Sie mir glauben.

Rico Gebhardt: Damit verdienen Sie Geld.

Alexandra Gerlach: Ich denke, jetzt wird es insgesamt doch ganz schön polemisch. Auch das sollten wir dann in den nächsten Teil des Abends vertagen. Jetzt haben wir noch eine Wortmeldung.

Markus Schlimbach, Stellvertretender Vorsitzender des DGB Sachsen: Die gruselige Organisation, die dafür gesorgt hat, dass 80 Prozent der Deutschen gesagt haben, dass der Mindestlohn in Ordnung ist und dass der eingeführt werden soll, ist natürlich eine Kampagne gewesen, die über zehn Jahr angedauert hat.

Jetzt meine Frage, die vor allen Dingen an die Politik geht, aber auch an die Medien: Wir sind eine Organisation als Gewerkschaften, die auch andere Formen der Kommunikation kennt. Das sind Formen, wo man mit direkter Kommunikation, mit dem Gespräch untereinander Leute davon überzeugen muss, dass man bestimmte Sachen machen muss, zum Beispiel auch mal in den Streik zu gehen. Man bekommt Leute nicht auf

Knopfdruck dazu, dass sie die Arbeit liegen lassen, sondern da muss man Überzeugung leisten.

Was mich vor allen Dingen in der Politik stört, das haben Sie, Herr Kupfer, heute sehr ausführlich demonstriert, als Sie zum Beispiel sagten, dass Sie die Abgeordnetendiäten per soziale Netzwerke kommuniziert haben. Ja, aber davon haben die Menschen überhaupt nichts mitbekommen, die vielen, die draußen gegen diese Abgeordnetendiäten gewesen sind.

Der Mindestlohn ist natürlich auch deshalb eine Überzeugungsarbeit gewesen, weil eben die Menschen geglaubt haben, dass es ihnen dadurch besser geht. Ich glaube, da hat die Politik versagt, sich in den letzten Jahren darum zu kümmern, dass ganz einfache Kommunikation zwischen Politik und den Menschen überhaupt noch stattfindet. Man hat sich darauf verlassen, dass die Medien dies und jenes tun, dass

es jetzt soziale Netzwerke gibt, womit man schneller und leichter herankommt. Aber diese einfache Kommunikation wurde vernachlässigt. Diesen Weg wieder ein Stück weit in unsere Demokratie hineinzuführen, das ist, glaube ich, eine Aufgabe, die Sie haben.

Alexandra Gerlach: Vielen Dank. Ich würde jetzt noch die allerletzte Wortmeldung mit dazunehmen. Danach machen wir hier eine kurze Schlussrunde.

Andrea Roth, Lehrerin: Herr Tichy, Sie sagten so verallgemeinernd, dass die Leute immer klüger würden. Ich muss Ihnen sagen, ich mache da ganz, ganz andere Erfahrungen. Deshalb meine Frage jetzt: Meinen Sie nicht, dass es, um eine Kommunikation in der Gesellschaft zu führen, um Meinungen auszutauschen, um Meinungsstreit durchzuführen, um auch eine Streitkultur zu leben, einen annähernd gleichen Wissensstand geben muss zwischen den streitenden Menschen, also ein gleiches Bildungsni-

veau? Und müsste nicht auch die Sprache annähernd eine gleiche sein anstelle so vieler verschiedener Expertensprachen, die die einzelnen Akteure dann gar nicht verstehen?

Alexandra Gerlach: Das Thema Kommunikation scheint jetzt ein Kernthema zu sein. Wer möchte sprechen? – Herr Kupfer?

Frank Kupfer: Ich war ja angesprochen. Wenn Sie mir richtig zugehört hätten oder mich verstanden hätten, dann hätten Sie jetzt die Frage nicht stellen müssen. Ich habe gesagt, dass wir auch über die sozialen Netzwerke gegangen sind. Wir mussten das tun, weil wir in den Medien unsere Meinung nicht genügend und eindeutig abgebildet gesehen haben.

Natürlich ist es mir lieber, es über die Medien transportieren zu können. Aber wenn ich bei den Medien nicht ankomme, wenn mich die Leute fragen, wieso



ich das nicht der Zeitung erkläre, und ich es in der Zeitung lese, was du mir hier in der Versammlung erzählst ...

Markus Schlimbach: Ich meine eine andere Kommunikation.

Frank Kupfer: Was denn für eine andere Kommunikation? Ich kann doch nur das sagen

Markus Schlimbach: – dass die Abgeordneten hinausgehen und es den Leuten erklären.

Frank Kupfer: Das haben wir ja in den Wahlkreisen gemacht, nicht nur auf einer Veranstaltung.

Alexandra Gerlach: Also, ich denke, das müssen wir auch vertagen. Das werden wir jetzt nicht geklärt bekommen. – Weitere Wortmeldungen zum Thema Kommunikation? – Herr Tichy, vielleicht noch ein kleines Schlusswort?

Roland Tichy: Wir haben jetzt pro Altersjahrgang irgendwo 60 bis 80 Prozent Abiturienten, die dann anschließend studieren.

(Zurufe aus dem Publikum)

Ja, aber dann können wir aufhören. Wissen Sie, irgendwo dreht man sich im Kreis. Entweder glaubt man ein paar Zahlen oder man sagt, dass alles nichts mehr wert ist, aber dann weiß ich auch nicht mehr weiter. Natürlich hat sich der formale Bildungsstand in diesem Land dramatisch verbessert, gemessen an der Zahl der Schulabschlüsse, der Studienabschlüsse usw. usf.

Es war früher auf alle Fälle nicht besser. Zu glauben, dass früher die Bauern alle die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« gelesen haben, ist auch eine Illusion, eine zwar sehr zuverlässige Illusion, die Zeitung haben sie zum Fischeeinwickeln genutzt.

(Heiterkeit)

Entschuldigung, wenn ich das einmal so sage, weil sie groß war. Es ist keine Abwertung des Leitartikels. Ich glaube, da bin ich Systemoptimist, die Aussage, dass die Leute dümmer geworden sind, stimmt nicht. Die sind klüger geworden. Wir haben auch eine Gesellschaft, die immer mehr Spezialisten hat. In jedem Unternehmen gibt es heute hoch spezialisierte Leute. Ich folge der Meinung nicht, dass die Menschen dümmer geworden sind – Punkt eins. Ich folge auch nicht der pessimistischen Aussage, dass der Abiturient des Jahres 2015 dümmer ist als ein Volksschüler, der nach acht Jahren Volksschule da hinausgeschickt wurde. Der konnte auch bloß, was wir damals anderes von ihm verlangt haben. Drittens beschäftigen sich die Leute schon sehr mit vielen Dingen. Nicht alle, ich würde Ihnen sogar entgegenkommen und sagen, mir wäre es lieber, wenn sie noch klüger werden. Aber ich wehre mich gegen diese gene-

relle Abwertung. Ich habe sie auch auf die Medien bezogen.

Den Leuten steht, wenn die Menschen es wollen, ein ungeheures Maß an Informationspotenzial zur Verfügung. Dies ist meine Botschaft. Das macht es für Journalisten anstrengender. Früher war es leichter, aber heute konkurrierst du als Journalist nicht mehr mit irgendeiner Konkurrenztagesszeitung, sondern du konkurrierst mit hundert anderen Medien, mit Twitter, mit Facebook, mit ich weiß gar nicht, was. Das macht den Beruf sehr viel schwieriger und sehr viel spannender. Ich habe gesagt, dass den Standard kein Mensch mehr braucht, den bekommt man einfach geliefert wie die Luft zum Atmen. Sondern es geht um die besser dargestellte, besser erklärte, besser recherchierte, besser lesbare, überhaupt in allem bessere Geschichte. Die wird sicher ihren Weg finden.

Wir sollten nicht glauben, dass die Leute heute dümmer sind, auch wenn

sie manchmal populäre Fernsehsendungen anschauen. Noch nie haben die Leute so viele Fremdsprachen gesprochen, waren in so vielen Ländern unterwegs, können so viel vergleichen. Aber vielleicht bin ich kein Lehrer.

(Beifall)

Alexandra Gerlach: Herzlichen Dank. Wir sind am Ende dieser Runde. Starkes Plädoyer für Qualitätsjournalismus und für neue Denkweisen, neue Wege suchen, die Zeitung von morgen erfinden. Sehr schön.

Herzlichen Dank.

Es ist sicherlich nicht für alle ganz zufriedenstellend, was wir besprochen haben, aber man kann das ja gleich fortsetzen. Ich würde jetzt den Präsidenten bitten, dass er sozusagen das Schlusswort spricht.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Liebe Frau Gerlach, noch einmal vielen Dank.

Was ist Wahrheit? Wir haben es heute gehört. Vielleicht stimmt auch der Singular nicht – bei den vielen Wahrheiten. Aber wir sind – das ist ein Prozess – auf dem Weg. Was mir gefallen hat: Wir haben Meinungen ausgetauscht. Wir haben uns gegenseitig ausgehalten.

Jetzt muss ich einfach noch einmal mit Thomas Jefferson kommen, einem der großen Väter der amerikanischen Verfassung. Er hat nicht nur Napoleon für eine Handvoll Golddollars, einige Millionen, ein Drittel des Staatsgebietes der heutigen Vereinigten Staaten abgekauft – ein toller Politiker, muss man sagen. Der hat einmal gesagt: »Deine Kritiker sind deine Freunde, denn sie zeigen dir deine Fehler.« Er hat es oft erlebt in seinem Leben. Ich denke, das ist auch eine Sache, die wir aushalten müssen, Politiker, Journalisten. Das ist ja gerade das Schöne am angelsächsischen Raum,



jedenfalls vernehmen wir das immer so, dass man dort durchaus wie Thomas Jefferson Kritik aushält und diskutiert. Da sind wir heute Abend ein ganzes Stück weitergekommen.

Dafür möchte ich mich bei allen – gerade hier vorn – und natürlich auch beim Publikum bedanken.

Vielen Dank, dass Sie alle gekommen sind.

Die Schriftenreihe »DIALOG« dokumentiert die »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus«.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:

- Heft 1: »Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?« am 18. Januar 2011
- Heft 2: »Parteiendemokratie in Deutschland – Gesicht und Substanz des politischen Personals« am 19. Juni 2012
- Heft 3: »Identität und Föderalität: Europas Wege aus der Krise« am 5. Juni 2012 im Plenarsaal
- Heft 4: Fachtagung »Sächsische Landtagsgeschichte im Vergleich« am 28. März 2012
- Heft 5: »Umbruch jüdischen Lebens in Deutschland nach der Wiedervereinigung« am 6. März 2013
- Heft 6: Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus »Staatsverschuldung im Kontext der europäischen Währungsunion – Neuverschuldungsverbot im Freistaat Sachsen« am 25. September 2013



Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter www.landtag.sachsen.de, per E-Mail unter publikation@slt.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind. In der Bibliothek des Sächsischen Landtags stehen sie ebenfalls zur Ansicht zur Verfügung.

